

Wählt Delegierte zur internationalen Betriebsdelegierten-Konferenz am 29. Januar

für Schlesien  
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuziger Straße 50. Fernsprecher 439 02. Postfach 101 (Breslau) Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuziger Straße 50 (Hinterhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau 10, Kreuziger Straße 50. Fernsprecher 439 02.

Japans Kriegsminister für den Krieg gegen die SU. / Siehe 2. Seite

Jungarbeiter Hanisch von SA. ermordet

Hitlerbanden steigern ihren Bluffeldzug / Alarm in Betrieben und Stempelstellen / Proleten, laßt euch von diesem aufgehefteten Zatschkenpad nicht länger abklachten / Betriebsbelegschaften, beschließt befristeten Proteststreik gegen die Mörder und ihre Hintermänner / Arbeitendes Breslau! Heraus auf die Straße zur machtvollen Demonstration!

Breslau, 6. Januar. Gestern abend gegen 20.30 Uhr, kam es in der Nähe der Eisbahn am Wajschelch zu einem Überfall von SA-Leuten auf Angehörige der sozialistischen Arbeiterjugend und des Jungbanners. Dabei wurde der 18jährige Arbeiter Fritz Hanisch, Lehndamm 11 wohnhaft, der der sozialistischen Arbeiterjugend angehört, durch zwei Messerstiche niedergebunden. Mit den Worten: „Ich bin gestochen“, brach der Jungarbeiter zusammen. Die vier SA-Leute, von denen einer bereits zu Beginn des Überfalls sich entfernt hatte, liefen nunmehr in Richtung Friesen- und Michaelisstraße davon. Der Schwerverletzte wurde dem Allerheiligsten-Hospital zugeführt. Er hatte zwei Stiche in der linken Brustseite, von denen einer das Herz verletzt hatte. An dieser Verletzung ist der junge Genosse Hanisch unmittelbar nach der Einlieferung verstorben.

Die Hitler-Partei, die Schleicher toleriert, hat das neue Jahr mit einem Bluffeldzug gegen die Arbeiterschaft eingeleitet. Unter den Augen der Polizei konnte in Nichtenrade bei Berlin eine SA-Mörderbande, gegen die seit Monaten die Bevölkerung um Hilfe ruft, in der Silvesternacht den Jungbannarbeiter Erich Just lebensgefährlich verunden und wenige Stunden später unseren Genossen Erich Hermann durch fürchterliche Dolchstöße regelrecht abklachten. Zur gleichen Stunde jagte mitten in Berlin ein in Naziuniform gekleideter Radfahrer durch die Adersstraße, hob, als er an einer Arbeitergruppe vorbeikam, den Revolver, schoß — und ermordete durch Bergschuß die Schneiderin Maria K n n s t e r. In Nichtenrade bei Oberkrampe wurde der Messingwerkarbeiter Genosse Kurt J a n d e, Vorsitzender des Arbeitergefangenenvereins und des Arbeiterfußballklubs, von dem nationalsozialistischen Großbauernsohn Frank überfallen. Dieser schnitt mit einem Schlächtermesser unserem Genossen den Kehlkopf durch.

Auch in Breslau steigt die faschistische Terrorwelle. Die gestrige Ermordung des Jungarbeiters Hanisch durch die vom Fememörder Feines ausgehenden Nazihorden ist ein Warnsignal an alle Arbeiter. Dieser faschistischen Mörderbande muß die antifaschistische Aktion, die im vergangenen Jahre so glänzende Beispiele über den erfolgreichen

Massenkampf gegen die Hitlerbanden lieferte, entgegengesetzt werden. Dieser neue feige Mord an einem unserer Klassen-genossen muß die Arbeiterschaft veranlassen, den wehrhaften Massenkampf gegen dieses faschistische Mordgesindel zu führen. Wir rufen die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter und alle Jungarbeiter auf, sofort geschlossene Protestaktionen durchzuführen. Die Betriebsbelegschaften müssen heute noch Versammlungen abhalten und einen befristeten Proteststreik gegen den braunen Mordterror beschließen und durchführen. Die Stempelstellen müssen ebenfalls protestieren. **Streit die Fäden des roten Massenelbstschutzes! Kein Betrieb, keine Stempelstelle, kein Arbeiterwohnblock ohne rote Selbstschutzes!** Das rote Breslau, das am Mittwoch gegen Schleicher-Diktatur und braunen Mordterror demonstrierte, muß heraus auf die Straße, um seinen Kampfeswillen erneut zu bekunden. Wir rufen die sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen Arbeiter und Jungarbeiter auf, mit uns gegen die braunen Mörder und gegen diejenigen, die sie beschützen, zu demonstrieren. Das arbeitende Breslau muß verhindern, daß ihre Klassen-genossen von den Hitlerbanditen abgeschlachtet werden. Heraus zum Proteststreik, heraus auf die Straße, gegen die Nazimörder!

Neue Fememorde

Täglich kommen neue Schredensdaten der von den Hitler, Straßer, Goebbels zu einem wahren Blutbad aufgeschichteten SA. Der „Berliner Börsen-Courier“ vom 5. Januar meldet, daß in Güstrow am 4. Januar am Mühlstamwerk eine männliche Leiche aufgefunden wurde. Die bei der Leiche gefundenen Ausweispapiere lauteten auf den Namen des Arbeiters Wilhelm Westphal, der seit dem 10. Januar vermisst wird. Westphal war Mitglied der NSDAP. Am 2. Januar wurde in das St. Jakob-Fronthaus Leipzig ein uniformierter SA-Mann mit lebensgefährlicher Kopfschussverletzung eingeliefert. Der SA-Mann will sich die Kopfschusswunde in einem Raum der SA-Kaserne selbst beibracht haben, doch klingen die Angaben sehr unwahrscheinlich. Immer grauenvoller wirkt sich die Bluttat der Naziführung aus, die rücksichtslos jeden mißliebigen SA-Mann durch gemeinen nichtigen Mord beseitigen läßt. SA-Prolet, wie lange willst du noch den blutbesudelten Arbeitermärdern der NSDAP nachsehen? Dem Platz als Prolet ist in den Reihen der roten Einheitsfront.

Massenaufmarsch der Grünberger Arbeiterschaft gegen Schleicher

Grünberg, 5. Januar. Am 4. Januar demonstrierten die hiesigen Erwerbslosen für Brot, Kartoffeln und Kohlen, für die Erfüllung ihrer geforderten Winterhilfe, gegen die faschistische Diktatur. Fast 1000 Erwerbslose fanden sich zu dieser Massenversammlung ein. Der Ausschuss berichtete von den Verhandlungen mit dem Landrat und der Auszahlung der Unterstützung. Der Massenaufmarsch im vergangenen Jahre und am 4. Januar erzwang die Anerkennung des Erwerblosenauschusses und das Zugeständnis der Auszahlung der Sonderbeihilfen von Kartoffeln, Kohlen und Brot. Die Erwerbslosen gelobten nicht zu ruhen und sich nicht auf leere Versprechungen zu verlassen, sondern für die wirkliche Durchsetzung der Forderungen weiter auf dem Plan zu bleiben. Der Genosse Sandiner schilderte die Rolle der Schleicher-Regierung und die Absichten der Kapitalisten und zeigte den großen Beitrag und die verätherliche Rolle der SPD- und Gewerkschaftsbürokratie mit Leib und Seele, die Tolerierungspolitik der Hitler und Goebbels auf. Unter dem Geländnis, unter Führung der kommunistischen Partei weiter zu kämpfen bis zum endgültigen Sieg, fand die gewaltige Demonstration ihren Abschluß.

Ruhrparteitag soll polizeilich überwacht werden

Essen, 6. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Essener Polizeipräsident hatte an die kommunistische Partei die Zumutung gestellt, den Bezirksparteitag des Ruhrgebietes polizeilich überwachen zu lassen. Da die KPD. das selbstverständlich ablehnte, ist der Ruhrparteitag faktisch verboten. Auch ein Vertreter des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bergmann in Düsseldorf erklärte, auf der polizeilichen Überwachung des Bezirksparteitages bestehen zu müssen.

Geheimverhandlungen Hitlers mit Papen und Schleicher

Berlin, 6. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen Hitler und Papen in Köln werden jetzt auch von der Nazi-Partei zugegeben. Daß diese Verhandlung im Einverständnis mit dem Kanzler-General Schleicher erfolgte, ergibt sich aus einer Erklärung des Herrenklublers Papen, die folgenden Wortlaut hat: „Anlässlich meiner Reise nach Düsseldorf habe ich mit Herrn Hitler eine politische Aussprache in Köln gehabt. Wie mir mitgeteilt wird, knüpft ein Teil der Berliner Presse an die Meldung hierüber Kommentare, die frey erlogen sind, so insbesondere die Darstellung, als ob die Unterredung mit Herrn Hitler eine Spitze gegen den Reichskanzler oder die gegenwärtige Regierung gehabt habe. Das Gegenteil ist der Fall. Die Aussprache hat sich ausschließlich um die Lösung der Frage gedreht, der schon die Arbeit des letzten halben Jahres gewidmet war, der Frage der Eingliederung der NSDAP. in eine nationale Konzentration.“

Daraus ergibt sich einseitig, daß Papen mit Hitler im Auftrage von Schleicher verhandelt hat. Die Verhandlungen fanden in der Wohnung des Großbankiers Baron Kurt von Schröder statt. Dieser Finanzkönig ist Aufsichtsrat in der Charlottenhütte und unterhält die engsten Beziehungen zu Thyssen und dem Stahlkönig Fild.

Die „Tägliche Rundschau“ meldet an ihrer Spitze, daß am 4. Januar in Köln im Hause des Barons Schröder eine Geheimverhandlung zwischen Hitler und Papen stattgefunden hat. Die Verhandlung habe den Zweck verfolgt, die Möglichkeiten einer Hitler-Regierung zu erwägen. Gleichzeitig teilten die faschistischen Berliner Zeitungen mit, daß Hitler in den nächsten Tagen nach Berlin kommen werde, um mit dem Kanzler-General Schleicher zu verhandeln.

Nach außen hin mimten die Nazis „Opposition“ gegen die Schleicher-Regierung, aber hinter den Kulissen finden ständig geheime Verhandlungen zwischen den Papen und Schleicher mit den Nazis statt. Daß die Nazis nicht im Traum an einen Sturz der Schleicher-Regierung denken, haben sie erst wieder am 4. Januar im Vorklappen des Reichstages bewiesen, wo sie sich offen gegen jede Einberufung des Reichstages wandten, um eine Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen die Schleicher-Regierung zu verhindern. Die Geheimverhandlungen Hitlers mit Papen und Schleicher zeigen erneut, daß kein Mensch das „Oppositions“-Geschrei der Nazis ernst nehmen darf. Die Hitler-Partei steht in der Schleicher-Papen-Front und ist mitschuldig an all den Notverordnungen, die gegen die hungernden Massen erlassen werden. Die Nazis tragen unter Schleichers Regierung dieselben Notverordnungsjuden, wie zur Zeit der Papen-Schleicher-Diktatur.

Hört her, SPD.-Arbeiter!

Der Sozialdemokrat Drake, Ministerpräsident von Lippe, sagte am 1. Januar in einer SPD.-Mitgliederversammlung: „Ich bin einverstanden mit dem Genossen Leppart, wenn er der Regierung Schleicher die Möglichkeit bieten will, zu zeigen, was sie kann... Jeder Sozialdemokrat, der vor dem kommunistischen Gesindel Verbeugungen macht, handelt verbrecherisch. Wer Vehmeier und Scholz wählt (kommunistische Landtagskandidaten), wählt Hitler und Hugenberg. Deshalb schärfster, rücksichtslosester Kampf gegen das kommunistische Gesindel. Von diesem Standpunkt aus sind sie die größeren Feinde als Hugenberg und Hitler.“ SPD.-Kollege, kannst du in einer solchen Partei bleiben, die keine kommunistischen Klassen-genossen als Gesindel beschimpfen und als größere Feinde als Hugenberg und Hitler bezeichnen? Heraus aus dieser Partei des Klassenverrats! Her zur KPD.

Demonstration im Waldenburger Hungerland gegen die Schleicher-Diktatur

Waldenburg, 6. Januar. Am Donnerstag marschierten annähernd 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen in mustergerüstiger Disziplin durch die Straßen von Waldenburg. Unter den Demonstrierenden befanden sich sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter. Der Aufmarsch hinterließ bei den zahlreichen Zuschauern, die die Straßen säumten, einen starken Eindruck. Auf der Viehwiese sprach in einer Kundgebung, an der tausende Arbeiter teilnahmen, Genosse D e e r, WBA., zündende Worte. „Rot-Front“-Rufe und die „Internationale“ brausten über den Platz. Die Einheitsfrontaktion unter Führung der kommunistischen Partei, wird weitermarschieren, wenn auch eine neue Terrorverordnung gegen die Partei des Proletariats schon in Schleichers Schublade fertig liegt. Eine Provokation leistete sich auf der Cochinsstraße der Revisor des ersten Polizeikommissars Nr. 5. Als sich Demonstranten be-

schwerten, daß ein Auto ein Stück im Zuge fuhr, besetzte dieser „feine“ Polizeihauptmann, der ja für Ruhe und Ordnung sorgen soll, die Genossen mit den Worten: „Die dümmsten Jungen haben die größte Freise.“ So, Herr Polizeipräsident W e n d e, das sind Ihre Beamten. Derselbe Hauptmann hat sich auch bei dem Metallarbeiterstreik bei der Firma Warmst rühmlichst hervorgetan, durch sein „Schweiges“ Auftreten gegen Arbeiter. Er ist also bei den Arbeitern schon bekannt. Arbeiter, Arbeiterfrauen! Steht nicht länger abseits. Verklärt die Reihen des kämpfenden Proletariats. Kommt in die Partei des unversöhnlichen Klassenkampfes, in die kommunistische Partei. Marschiert und kämpft mit uns für eine Arbeiter- und Bauernrepublik.



# Japanas Kriegsminister für den Krieg gegen die Sowjetunion

## Ein alarmierendes Interview

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (6. Januar) veröffentlicht eine Unterredung ihres Sonderberichterstatters in Tokio mit dem japanischen Kriegsminister, General Araki, aus der besonders hervorgeht, wie ernst die Gefahr imperialistischer Interventionen gegen die Sowjetunion ist.

Araki erklärte sich erst für die Parole: „Mien den Mien“, mit anderen Worten: China und die Sowjetgebiete im Fernen Osten dem japanischen Imperialismus. Dann sagte er, Japan werde aus dem Völkerbunde nicht austreten, und darauf kam die Stellung zur Sowjetunion zur Sprache.

Frage (des Berichterstatters): „Einige Persönlichkeiten sehen in Japan ein Bollwerk gegen den Kommunismus. Durch die neuerlichen Ereignisse in der Mandschurei ist dieses Bollwerk weiter gegen Norden vorgeschoben worden. So daß sich in der Nordmandschurei der japanische Einfluß und der russische Einfluß unmittelbar berühren. Waschen Sie. Gezellen, daß ein Zusammenstoß zwischen den beiden Mächten naturgemäß bedingt ist?“

General Araki: „Ich stelle mich dem Verlaufe des Aufstieges entgegen, den ganzen Erdball zu Sowjetisieren. ganz besonders aber den Unterleuten. das japanische Volk seinem kaiserlichen Herrscherhaus zu erwidern. Aber ich glaube nicht, daß ein Krieg unvermeidlich ist. Was mich persönlich betrifft, trete ich für eine aktive Politik gegenüber Rußland ein, solange nicht veranlaßt werden kann, den Kommunismus aufzuheben. Aber ich bin bereit, Rußlands Freund zu werden, sobald es auf den Volkswirtschaften verzichtet hat. Ich glaube, daß der Völkerbund in der Lage sein wird,

die Verhältnisse in der Mandschurei vollkommen zu verstehen, wenn er einmal aufhört, Verträgen allein Wichtigkeit beizumessen. Wenn er stattdessen beginnt, gründlich die vermeintlichen Beziehungen der europäischen Mächte mit Rußland und die russisch-japanischen Beziehungen in Asien zu prüfen.“

Der japanische Kriegsminister erklärt sich damit für „eine aktive Politik gegenüber Rußland“, also für Kriegshandlungen gegen das Land des Sozialismus. Diesbezüglich äußert er, er glaube nicht, daß ein Krieg unvermeidlich sei, anders ausgedrückt besagt es, daß Japan bereits alle Vorbereitungen zum Krieg gegen die U.S.S.R. trifft. Araki fordert schließlich den „Völkerbund“, das ist den englischen, französischen, deutschen, polnischen Imperialismus, auf, gleichfalls mit militärischen Interventionen gegen die Sowjetunion vorzugehen.

Die offenen Kriegandrohungen Arakis gegen die Sowjetunion sind ein neues Alarmzeichen für die Arbeiter aller Länder, im besonderen für die deutsche Arbeiterklasse. Denn es ist kein Zufall, daß gerade das deutsche Imperialistenblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Interview mit dem japanischen Kriegsminister veröffentlicht.

Größte Aufmerksamkeit und entschiedener täglicher, zäher Kampf gegen die Imperialisten, vor allem gegen den „eigenen“ Imperialismus, ist dringendes Erfordernis der Lage. Dieser Kampf, diese Verteidigung der Sowjetunion wird durchgeführt durch die proletarische Einheitsfrontaktion in den Betrieben und Stempelstellen, gegen die imperialistische Propaganda, gegen Kriegsmittelproduktion und -transporte, für die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Arbeiterklasse.

fuldung der faschistischen Diktatur unterstützt, hat kein Recht, sich gegen Versailles und gegen unseren internationalen Freiheitskampf aufzuspielen. Die Hermann Müller aus Deutschland, die Vandervelde aus Belgien, diese Prominenten der II. Internationale, haben das Schanddokument von Versailles unterzeichnet. (Pfui-rufe.)

Die Sozialdemokratie war es, die im Jahre 1919 unter Führung Noskes einen blutigen Kampf gegen das Proletariat entfaltete, die die Arbeiter niederschießen ließ, und den Massenkampf der revolutionären Freiheitsarmee gegen die eigene Bourgeoisie und das Versailler System im Blut erstickte.

Die Sozialdemokratie ließ es 13 Jahre lang zu, daß die deutschen werktätigen Massen nicht nur durch die eigene Bourgeoisie, sondern auch vom internationalen Finanzkapital ausgeplündert wurden. Nun, wenn ihr, Arbeiter und arme Bauern, heute eure Kampfesfahne erhebt, schreit das Lumpenpack von „Verrat“ und bezichtigt euch des Chauvinismus! (Rufe: Unerbört!)

Der ADGB-Führer Graßmann, der zwei Tage vor mir in München sprach, erklärte: „Die KPD. ist keine deutsche Partei.“ — Nun, Genossen, ist das nicht schlimmster Chauvinismus?! Soll das nicht ein Zeichen für die deutsche Bourgeoisie sein, in Anbetracht unserer Anti-Versailler-Aktion unsere Partei zu verbieten? (Pfui-Rufe.)

(Entnommen aus der Broschüre Paris—Berlin — Kampfrede des Genossen Thälmann im Berliner Sportpalast nach seiner Rückkehr aus Paris am 1. November 1932. Die Broschüre kostet 20 Pfennig und ist bei allen Funktionären der KPD. zu haben.)

### So sieht ihre Arbeitsschaffung aus:

## 8000 Metallarbeiter gefündigt

### Lohnraubvorstoß der Siegerländer Unternehmer / 57 Pfennig Stundenlohn zu hoch

In der Siegerländer Eisenindustrie haben die Unternehmer allen Arbeitern zum 14. Januar gefündigt. Von dieser Aussparungsandrohung sind 8000 Arbeiter betroffen. Am 15. Januar wollen die Unternehmer neue Zeit- und Akkordlöhne diktieren. Sie geben bekannt, daß die Prämien und Akkorde um 5,2 Prozent gekürzt werden sollen. Zweifellos wird der Lohnabbau, den sie diktieren wollen, noch viel größer sein.

Kein Wort ist scharf genug, um die brutale Lohnabbauoffensive der Eisenindustriellen zu brandmarken. Denn die Siegerländer Eisenarbeiter gehören zu den verelendeten Arbeiterschichten Deutschlands. Bisher war der Höchstlohn 58 Pfennig. Dazu wurden zahlreiche Zulagen diktieren. Tausende Siegerländer Arbeiter, die im Betrieb leben, müßten damit sie mit ihren Familien nicht buchstäblich verhungern. Wohlfahrtsunterstützung erhalten.

Die Massenindignation im Siegerland zeigt, mit welchen Methoden die Unternehmer ihre verhasste Lohnabbauoffensive durchführen wollen. Keine Belegschaft in ganz Deutschland ist vor solchen Angriffen sicher, die jeden Tag erfassen können. Darum gilt es, in allen Betrieben die Einheitsfront des Kampfes feher zu schließen. Die beste Generalwehr gegen die verhasste Lohnabbauoffensive ist die Aufnahme des Kampfes um die Zurückforderung der alten Löhne und um die betrieblichen Forderungen der Belegschaften. Viele Mobilisierung muß verbunden werden mit der Mobilisierung der Belegschaften zu den Betriebsratemachern. So wird der Kampf gegen Lohnabbauoffensive und Schleicher-Diktatur geführt.

Erkämpft die alten Löhne zurück! Wählt überall auf Einheitsfrontgrundlagen solche Betriebsräte, die im Kampf um die Forderungen der Belegschaften an erster Stelle stehen. Einheitsfront gegen Lohnabbau und Faschismus!

## SPD.-Braun hilft den Nazis

Vor einigen Tagen wurde bereits berichtet, daß zwischen General Schleicher und dem vormaligen SPD.-Ministerpräsidenten Braun eine Unterredung stattgefunden sollte. Die Aussprache findet heute statt. Jetzt wird der Zweck dieser Unterredung bekannt. Braun hat sich in einer Sitzung des Vorstandes der SPD-Nationalrat im Reichstagsgebäude gegen die Landtagsauflösung ausgesprochen. Schleicher will aber den Reichstags Landtag ebenfalls mit dem Reichstag zusammen auflösen lassen. Nur Landtagsauflösung ist — nach der einmütigen noch geltenden Verfassung — ein Dreimänner-Kollegium berechtigt, in dem neben dem SPD.-Braun der Zentrumsmann Henning und der Präsidentschlichter Kappel sitzen.

Von Braun dreht er nur der Zentrumsmann für eine Auflösung, während Schleicher die Auflösung für die Partei des Reichstages durch seine Einwirkung hilft SPD.-Braun den Nazis, die ebenfalls auch bei der Reichstagsauflösung eine schwere Niederlage erleiden werden. Die Unterredung zwischen Schleicher und Braun ist also dazu dienen, SPD.-Braun für die Landtagsauflösung zu gewinnen. Der Schleicher vermeiden möchte, den Landtag unter offenem Druck der Verfassung aufzulösen. Ob diese Einwirkung Schleichers auch anhalten wird, wenn Braun sich nicht „überlassen“ läßt, kann man sich Gedanken der Propaganda nicht voraussetzen.

SPD.-Braun liefert also den Nazis unerschöpfliche Hilfsdienste, wenn er ihre neue Wahlperiode so lange wie möglich hinauszuwickeln versucht. Brauerer diese Hilfe der SPD. überall an! Jetzt auch an diesem Beispiel, wie die SPD. sich als Schrittmacher des Faschismus betätigt!

## Kommunistisches Stadtverordnetenpräsidium in Chemnitz

Auf Grund der Resolutionen der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei in Sachsen, gelang es in Leipzig und Chemnitz, wo eine Mehrheit im Stadtparlament von SPD. und KPD. besteht, die Nazi aus dem Präsidium des Stadtparlaments auszuschließen. In Leipzig wurden 2 SPD.- und 1 KPD.-Vertreter ins Präsidium gewählt. Das Präsidium in Chemnitz besteht ausschließlich aus Kommunisten.

Während der Wahl zum Stadtverordnetenpräsidium, die gestern in Chemnitz durchgeführt wurde, fanden tausende Demonstrationen vor dem Rathaus. Das Ergebnis der Sitzung wurde mit großem Jubel angenommen. Unsere Fraktion legte die sofortige Beratung der Winterhilfsanträge durch, dabei zeigte sich die Nazi erneut als Feinde der Erwerbslosen, indem sie vor der Ablehnung demonstrierte den Sozialverfehlen. Unsere Winterhilfsanträge wurden daraufhin einstimmig angenommen, da die SPD. unter dem Druck der Massen nicht dagegen zu stimmen wagte.

Der „Vorwärts“ erzählt über die Vorgänge in den sächsischen Stadtparlamenten ein großes Geschrei und beweist damit, daß diese Taten die Reihen der Feinde der SPD. völlig durcheinandergebracht hat. Daß unsere Taktik nicht irgend eine parlamentarische Aktionsgemeinschaft mit der SPD. darstellt, ergibt sich aus folgendem Abzug der Reichstagen der sächsischen Bezirksleitung:

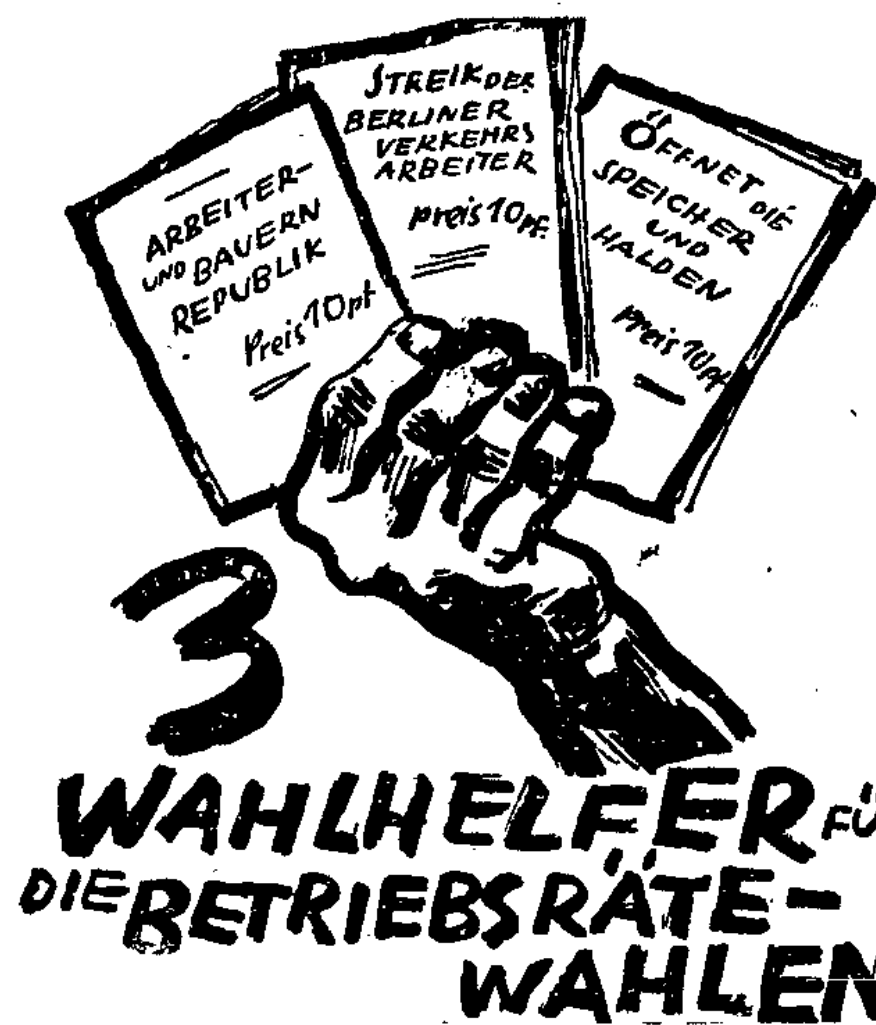
Jegliche Vereinbarungen mit der SPD. oder anderen politischen Gruppen über eine evtl. gemeinsame Vorschlagsliste für

das Präsidium, oder irgendwelche Vereinbarungen mit der SPD. oder anderen politischen Gruppen zwecks gemeinsamer Beratung und Festlegung des taktischen Vorgehens, sind unzulässig. Durch diese Entscheidung ändert sich nichts an der Stellung der kommunistischen Partei zur SPD., insbesondere was deren Rolle als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie betrifft. Es ändert sich vor allem nichts an dem unerlölichen prinzipiellen Kampf der KPD. gegen die SPD. und ihre Politik, insbesondere in den kommunalen Parlamenten. Jede Abkopplung mit der SPD. in den Gemeinden, heißt die SPD. auf das Schärfste ab und wird auch jedes daraufhinzielende Manöver der SPD. zerlegt.

## Schlimmster Chauvinismus der SPD.

Die Sozialdemokratie hat in den wenigen Tagen seit Bekanntgabe der Anti-Versailler-Proklamationen der KPD. und KPF. eine dumme und niederträchtige Hetze gegen uns entfaltet. Sie erklärte uns als Verräter. Leute, die die Grundsätze Marx' und Engels längst über den Haufen geworfen haben, haben kein Recht, sich zu entrüsten, wenn wir eine Kampagne im Sinne unserer großen Lehrmeister führen, die uns lehrten, daß der Kampf um die Befreiung der Nation, um die Konstituierung der Nation aufs engste verbunden ist und zur Voraussetzung hat die Beseitigung der Ausbeuterherrschaft der Bourgeoisie. (Sehr richtig!)

Die Sozialdemokratie, die heute alle Formen der weiteren Ent-



## Nieder mit dem Schleicher-„Netzwerk der Jugend“

### Werktätige Jugend Deutschlands, Alarm! — Der KJVD. ruft zum Kampf!

#### Werkstätige Jugend in Stadt und Land!

Die Ausführungsbestimmungen zum sogenannten „Netzwerk der Jugend“ sind erlassen. Was Schleicher in seiner Mundfunkrede, was Hindenburg und die Reichsregierung in ihrer Weihnachtstunde angekündigt haben, das wird jetzt in die Praxis umgesetzt. Gleichzeitig werden die Vorbereitungen getroffen, um in wenigen Wochen bereits Jungwerktätige auf die großen Bauernhöfe und Güter zu verdrängen.

Jungwerktätige, was bringt euch dieses „Netzwerk der Jugend“? Was bieten euch die Hindenburg, die Schleicher und ihre Schleicherträger, die Leibpart und Hitler, an? Sie wollen euch „retten“, sagen sie. Das erklären dieselben, die euch dem Hunger ausgesetzt haben, das erklären dieselben, die euch die Erwerbslosenunterstützung gekürzt haben. Sie sind es gewesen, die die Jugend in ein unbeschreibliches Elend hineingeführt haben.

Sie wollen euch „retten“. Wollen sie die Notverordnungen aufheben, durch die man euch die Unterstützung geraubt hat? Keineswegs! Sie bieten euch eine Betteljuppe an, die nicht mehr als 15 bis 25 Pfennig kosten darf. Aber auch das tun sie nicht, ohne damit den Zweck zu verfolgen, euch noch tiefer in die Sklaverei hinabzuführen. Vier Stunden sollt ihr zu sogenannter „hinwaller Vertätigung“ zusammengepackt werden, ehe man euch für würdig hält, die Betteljuppe in Empfang zu nehmen.

„Sinnvolle Vertätigung der Jugend“, das ist ein anderer Ausdruck für Sklaverei, ähnlich der, die im Arbeitsdienst geleistet wird, das ist ein anderer Ausdruck für die Vorbereitung auf den imperialistischen Krieg.

Das Netzwerk ist in Wahrheit nichts anderes als eine neue Form der Militarisierung und der Anechtung der werktätigen Jugend. Das Netzwerk liegt auf der Linie der Aufrichtung des deutschen Imperialismus. Nicht umsonst ist in den Ausführungsbestimmungen festgelegt worden, daß alle Leiter der Kameradschaften des Netzwerks nur solche Leute in Frage kommen, die sich bereits im Arbeitsdienst oder in der Jugendführung oder in beruflichen Bildungsmaßnahmen bewährt haben.

Sagt das nicht genug? Erinnert euch daran, daß Schleicher in seiner Mundfunkrede den „Freiwillingen“ Arbeitsdienst und das „Jugend-Korps“ selbst als Vorstufen der Allgemeinen Wehrpflicht bezeichnet hat. Was für diese beiden Maßnahmen, das trifft in vollem Umfange auch auf das Netzwerk zu, ebenso wie für die Bauernhilfe.

Jungarbeiter in den Betrieben! Beweist eure Solidarität mit den Jungwerktätigen. Der Schlag der Schleicher-Regierung geht auch gegen euch! Denkt daran, daß die Arbeiter, die im Freiwillingen Arbeitsdienst, in der Bauernhilfe und dem Korps verrückt werden, euch die Löhne drücken. Denkt daran, daß man die Jugendlichen aus den Betrieben herauswirft, wenn sie ihre Lehrgänge beenden.

denkt daran, daß die Arbeitslosenversicherung Millionen von euren Jungern einzieht, die sie für die Knechtung und Militarisierung der Jugendlichen verwendet.

Wenn Schleicher in seiner Neujahrsrede erklärt hat, er hoffe, der deutschen Jugend das Recht zu wehrhaften Staatsbürgern wiederzugeben, dann kennzeichnet das die Pläne der deutschen Bourgeoisie, die stärker denn je zum imperialistischen Kriege rufen.

Die bürgerlichen Parteien, von SPD. bis KPD., beweisen von neuem ihre Jugendfeindschaft durch ihre Stellungnahme zum Netzwerk. Die Führer der KPD. verlangen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, das Netzwerk ist ihnen noch nicht Sklaverei und Militarisierung genug. Die SPD. erklärt ihr Einverständnis mit dem Netzwerk, indem sie im „Vorwärts“ sagt: „Für die Beschäftigung der erwerbslosen Jugend sind alle, auch die geringsten Mittel willkommen.“ Das Zentrum billigt gleichfalls das Hindenburg-Schleicher-Netzwerk.

Wir Kommunisten aber rufen euch auf, den schärfsten Kampf gegen die neuen Maßnahmen zur Militarisierung der werktätigen Jugend zu führen. Wir wollen keine Bettelkuppen. Wir kämpfen dafür, daß der Jungwerktätige leben kann. Wir fordern, daß man den hungernden Jungwerktätigen ausreichende Unterstützung gibt. Wir zeigen der werktätigen Jugend, wie sie den Kampf zur Rettung vor Hunger und Frost führen muß, um sich Essen, Kleidung, Unterkunft zu erkämpfen.

Deswegen geht die faschistische Schleicher-Regierung mit dem Plan um, den kommunistischen Jugendverband zu verbieten, um die Militarisierung der Jugend besser verfolgen zu können.

Wir Jungkommunisten appellieren in dieser Stunde an euch, Genossen der KPD., Kameraden des Jungbauerns, Kollegen der Gewerkschaftsjugend, Jungarbeiter der christlichen Organisationen, Jungwerktätige in SA. und Hitlerjugend: Führt mit uns gemeinsam im Betrieb, auf der Stempelstelle, im Arbeitslager den Kampf gegen die neuen Maßnahmen gegen die Jugend. Kämpft mit uns gemeinsam für Arbeit und Brot.

Nieder mit der neuen Form der Militarisierung der Jugend, dem sogenannten Netzwerk!

Nieder mit dem militärischen Drill, der Zwangslagerung und der nationalitätsschleierischen Verheerung der Jugend, mit der schamlosen Ausbeutung der Jugend durch Arbeitsdienst, Netzwerk und Bauernhilfe!

Wir fordern Arbeitsbeschaffung aller Jungwerktätigen bei voller tariflicher Entlohnung!

Volle Unterstützung, Wohnung und Kleidung für alle Jungwerktätigen!

Zentralkomitee des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands.



# Dem vollendeten Kommunismus entgegen

Von D. S. Manulski

(Schluß.)

Wie wird nun aber diese klassenlose Gesellschaft aussehen?

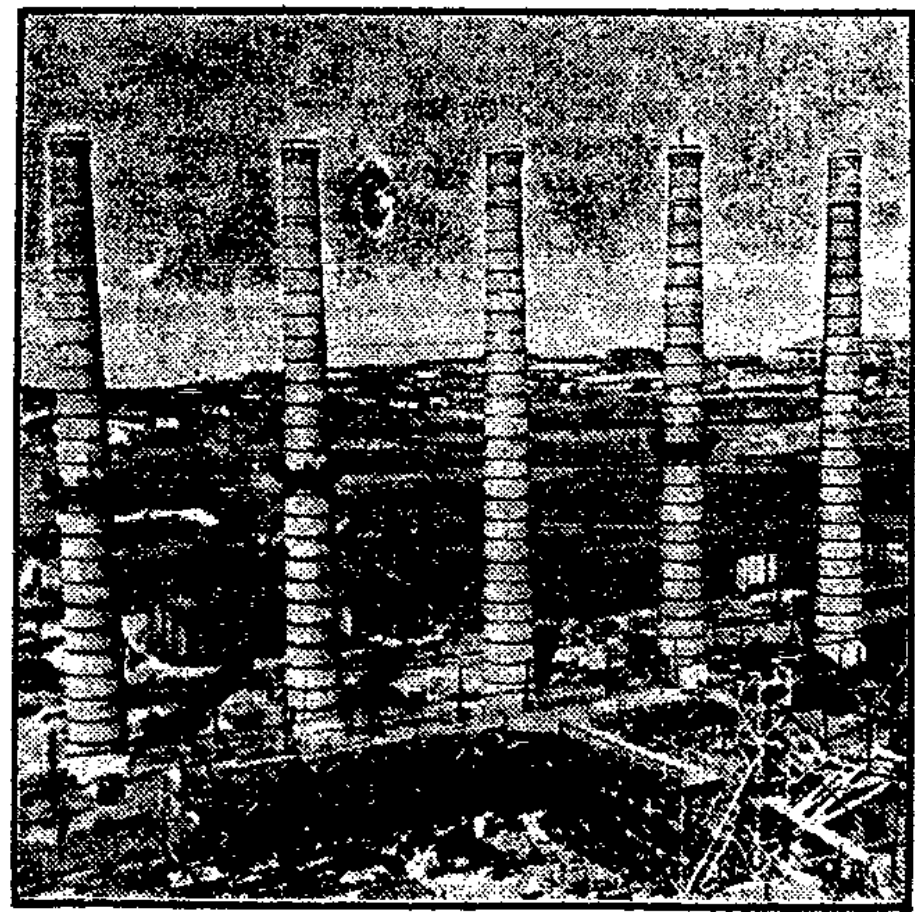
Was stellt der Sozialismus in der Sowjetunion vom Standpunkt der Klassenbeziehungen dar? Lenin schrieb 1918 von 6 sozialen Formationen unserer nachrevolutionären Ökonomie. Seitdem ist der Sozialismus zur vorherrschenden Formation bei uns geworden. Vergesellschaftet sind bei uns heute nicht allein die Banken, Fabriken und Werke, die Hubschraube und selbst der Boden, sondern auch zwei Drittel der landwirtschaftlichen Produktionsmittel. Außerhalb der sozialistischen Formation steht nur noch ein Drittel der Bauernwirtschaften. Aber der sozialistische Sektor an und für sich stellt bei uns nicht etwa etwas Einseitiges dar; die Vergesellschaftung weist verschiedene Formen auf; in der Industrie haben wir die konsequent-sozialistische, in der Landwirtschaft die kollektivwirtschaftlich-genossenschaftlichen Formationen. Aber allein schon die Tatsache des Vorherrschens der sozialistischen Beziehungen in unserer Ökonomie hat im wesentlichen die Lösung der Aufgabe der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft vorbereitet. Die Vollendung der Kollektivierung in der Landwirtschaft ist die Grundbedingung für die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft.

Aber diese klassenlose Gesellschaft wird nicht gleich in idealreiner Form vor uns treten. Wir bauen an dieser Gesellschaft seit Oktober 1917, wo wir die Bourgeoisie liquidierten; wir vollenden den Bau jetzt, wo wir den kleinen Warenproduzenten, den Bauern, in die Vergesellschaftung einreihen. Bereits im Oktober 1917 liquidierten wir die beiden Klassen der Gutbesitzer und der Bourgeoisie. Im Uebergangsstadium zur klassenlosen Gesellschaft durchläuft die Sowjetunion eine Reihe von „Uebergangsformen“, ehe sie zur „Antithese“ der Klassengesellschaft, zur klassenlosen Gesellschaft kommt. Unser Kollektivwirtschaftler ist schon nicht mehr ein Vertreter dieser kleinen Warenproduktion, die „beständig, täglich, ständig, spontan und im Massenmaßstab den Kapitalismus und die Bourgeoisie erzeugt“ (Lenin). Aber weder der heutige Kollektivbauer noch der Kollektivbauer bei der Vollendung der Kollektivierung in der Sowjetunion kann mit dem Arbeiter der sozialisierten Industrie identifiziert werden, denn die in der Kollektivwirtschaft vergesellschafteten Produktionsmittel gehören nicht dem sozialistischen Staate, sondern der Kollektivwirtschaft, denn der Kollektivwirtschaftler kann auf dem Markt noch die Erzeugnisse des nichtvergesellschafteten Teils seiner Wirtschaft feilbieten usw. Von der Artform der Vergesellschaftung der Produktionsmittel in der Landwirtschaft werden wir zu ihrer Verstaatlichung durch die Maschinen-Extraktoren kommen. Das aber wird bedeuten, daß wir zur klassenlosen Gesellschaft durch die Bildung von neuen proletarischen Massen in der Landwirtschaft (Traktorenführer, Mähdrechermaschinen, Mechanikern, Schlossern usw.) gelangen werden. Dieses Proletariat ist neben den Arbeitern der Sowjetgüter in erster Linie Träger des Sozialismus in der Landwirtschaft.

Die Tatsache aber, daß wir zur klassenlosen Gesellschaft kommen, streift von der Tagesordnung unserer Partei nicht die Frage der inneren konterrevolutionären Kräfte. Es liegt auf der Hand, daß bei Fortbestehen der kapitalistischen Einteilung diese Kräfte nicht ganz und gar verschwinden werden; sogar in der klassenlosen Gesellschaft wird ihnen aus diesem äußeren kapitalistischen Milieu Nahrung zuströmen und Unterstützung zuteil werden.

Die Formen des Klassenkampfes werden sich in den Verhältnissen der klassenlosen Gesellschaft radikal ändern. Lenin schrieb, daß unter den Verhältnissen des Sozialismus der Kampf um das sozialistische Verhalten zur Arbeit zu einer Klassenkampffrage wird. Gerade der heutige Tag des Sozialismus in der Sowjetunion wird durch die scharfe Zuspitzung dieser Form des Klassenkampfes gekennzeichnet. Die Bekämpfung der Lotterei, Vorkauferei, des Verhaltens zum sozialistischen Gemeinwohl als zu einem fremden „Staatselgentum“, an dem man sich möglichst bereichern soll, der Kampf gegen das Besitztum der Sowjetmacht, die Bekämpfung der „suchtbaren Macht der Wohlhabenden von Millionen“ (Lenin) ist ein nicht weniger anstrengender Kampf als der Kampf an der Bürgerkriegsfront. Im Kampf gegen diesen Feind sind wir genötigt, zu äußerst entschlossenen Maßnahmen zu greifen, die die internationale Arbeiterklasse nicht nur begreifen, sondern auch gutheißen wird. Die strafende Faust der proletarischen Diktatur faßt erbarmungslos auf die Köpfe der Spekulanten, Schieber, Diebe und Veruntreuer öffentlichen Eigentums, die die internationale Sozialdemokratie und die ganze kapitalistische Welt unter ihren Schuß nimmt, nieder.

Wir gehen der vollendeten klassenlosen Demokratie des vollendeten Kommunismus entgegen, aber wir tun es auf dem Wege der allseitigen Festigung des Apparates der proletarischen Diktatur. Es wird eine gewaltlose Demokratie sein, eine Demokratie auf der Welt.



In Magnitogorsk wird neben den riesigen Hochöfen, die bereits in der ganzen Welt bekannt sind, das Walzwerk des Metall-Kombinats errichtet. Das Bild zeigt den Bau desselben.

arena, die Demokratie eines neuen Menschen, die den harten Weg des Kampfes aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit zurückgelegt hat. Der Grundstein zu dieser klassenlosen Demokratie wird von uns heute schon gelegt. Heute schon scharf sich und wächst um unsere Partei, unsere Gewerkschaften, unsere Sowjetmacht an den Werkbänken der Betriebe, auf den Feldern der Kollektivwirtschaften ein millionenförmiger Stamm parteiloser aktiver Mitglieder des Sozialismus. Die KPSSU allein zählt 4 Millionen Mitglieder, in den Reihen des Leninistischen Jugendverbandes stehen sechs Millionen, in den Gewerkschaften 18 Millionen. 16 Millionen Bauern, gestern noch kleine, individuelle Landwirte, gehen heute in den Kollektivwirtschaften in die große Schule des sozialistischen Aufbaus. Dieser große Entschlossenheit ist der Keim zur klassenlosen Demokratie der zukünftigen kommunistischen Gesellschaft. Doch heute steht die proletarische Diktatur voll gerüstet da, um die Sache der Revolution und des Sozialismus gegen alle Anschläge zu verteidigen.

Wird aber nicht die Schaffung der klassenlosen Gesellschaft in der Sowjetunion die sofortige Aufhebung der NEP, die Aufhebung der ihr eigentümlichen Geld- und Warenzirkulationsform, den Uebergang

zum direkten sozialistischen Warenaustausch bedeuten? Nein, die NEP, sowie die Geld- und Warenzirkulation werden auch in der klassenlosen Gesellschaft eine Zeitlang weiterbestehen, denn für ihre Aufhebung bedarf es vor allem dreier Grundbedingungen: Erstens einer solchen Entwicklung der Produktivkräfte und der Technik, die alle Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung in der Hauptsache zu decken vermag; zweitens muß auch die Vergesellschaftung der Landwirtschaft, wie die der Industrie, einen konsequent sozialistischen Charakter erhalten; drittens muß die Technik der sozialistischen Statistik und Verteilung einen solchen Grad der Vollkommenheit erreichen, daß das Geld als Zirkulationsmittel überflüssig wird.

Wenn wir hier diese Fragen vor Euch aufrollen, so aus dem Grunde, weil die internationale Sozialdemokratie die Frage des Sozialismus in der Sowjetunion absichtlich verwirrt, entweder durch ökonomische Kategorien, die sie der kapitalistischen Ordnung entlehnt, oder aber durch verschiedene utopische Konstruktionen. Einerseits stellt sie die NEP, die Geld- und Warenform der Sowjetwirtschaft als kapitalistische Kategorien hin, um sich dadurch die scheinbare Möglichkeit zu verschaffen, unsere Ordnung als „Staatskapitalismus“ zu bezeichnen, andererseits verbindet sie den Gedanken der klassenlosen Gesellschaft mit Vollkommunismus, wo Gleichheit nicht nur der Produktion, sondern auch der Konsumtion erreicht ist, wo der Staat nichts mehr zu tun hat, wo es keiner proletarischen Diktatur bedarf, wo „an Stelle des Regierens über Menschen das Regieren über Dinge tritt“. Im Programm der Kommunistischen Internationale ist davon die Rede, daß selbst hochentwickelte kapitalistische Länder nach der proletarischen Revolution nicht ohne eine Periode der NEP auskommen werden, daß aber diese NEP keine besondere, dem Sozialismus

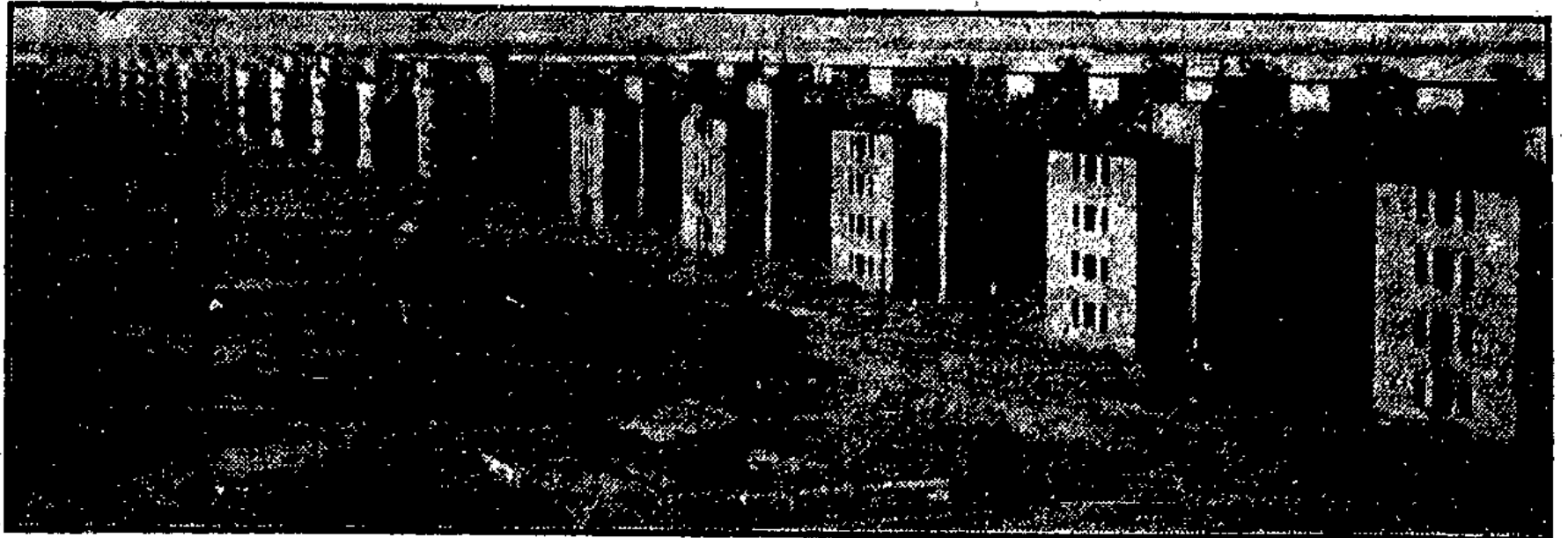
bürgerlichen „Gleichheit“, die den kollektivwirtschaftlichen Aufbau des organisierten.

Genau wie die klassenlose Gesellschaft noch nicht die völlige Beilegung des Klassenkampfes, die Aufhebung der NEP, und die Verwirklichung der vollen Gleichheit, wie sie dem Kommunismus eigenständig ist, bedeutet, so bedeutet sie auch nicht die Aufhebung des Staates der proletarischen Diktatur.

Der Staat der proletarischen Diktatur ist das einzige sichere Mittel für die Aufhebung jedes Staates überhaupt. Wer kein niederträchtiger Agent der Bourgeoisie ist und ernstlich, nicht nur mit den Lippen, die Aufhebung des Staates will, der kann nicht gegen den Staat der proletarischen Diktatur sein. Unter allen Ländern und Völkern steht die Sowjetunion allein der Liquidierung des Staates am nächsten, weil ihre Werktätigen die proletarische Revolution vollzogen haben. Während die Herren Anarchisten über das Ende des Staates schwärzen, haben wir den Staat der herrschenden Klassen als Apparat zur Unterdrückung der Ausbeuteten durch die Ausbeuter liquidiert.

Der Staat der proletarischen Diktatur ist nicht nur das Organ zur Niederwerfung des Widerstandes der Ausbeuter geworden, sondern er ist auch die materielle Basis, die erst alle Voraussetzungen für das anschließende Absterben des Staates überhaupt schafft.

Während in den kapitalistischen Ländern der bürgerliche Staat sich in der Richtung der Verklärung rein repressiver polizeilicher Funktionen entwickelt und sich von allen sozialen Verpflichtungen gegenüber der werktätigen Bevölkerung freimacht, nehmen in der Sowjetunion die sozialwirtschaftlichen Funktionen des Staates immer mehr zu. Die Sowjetunion wird zum sozialen Staat in so hohem



Unser Bild zeigt einen noch im Bau befindlichen Teil der neuen Stadt der Automobilfabrik bei Gorki (Nischinowgorod), wo jeden Monat neue Straßen entstehen.

mechanisch angehängte Abzweigung der kapitalistischen Ordnung sein wird, sondern ein organischer Bestandteil des Sozialismus auf einem bestimmten Entwicklungsstadium desselben. Daraus folgt, daß auch die der NEP eigentümliche Form der Geld- und Warenzirkulation sich in radikaler Weise von der Geld- und Warenform der kapitalistischen Gesellschaft unterscheidet, da bei uns der Staat alle ausschlaggebenden politischen Hebel in der Hand hat.

In der Periode des Sozialismus ist die Waren- und Geldform im großen und ganzen ein Werkzeug der sozialistischen Statistik, Kontrolle und Verteilung. Wenn wir von der Aufhebung der NEP sprechen, so stellen wir es uns gar nicht so vor, als ob diese Aufhebung durch einen Geschehensakt plötzlich dreitriert werden könnte. Sie wird absterben, und mit ihr ihre Geld- und Warenform. Der direkte sozialistische Produktantausch wird sie verdrängen.

Die Herren Sozialdemokraten, die in jeglicher Weise die formale „Gleichheit“ der bürgerlichen Demokratie verteidigen, machen uns den Vorwurf, daß bei uns nicht jene Gleichheit herrscht, die erst unter dem Vollkommunismus möglich ist.

Zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit haben wir die materiellen Voraussetzungen für eine nicht formale, sondern wirkliche Gleichheit geschaffen, deren Kriterium die Arbeit, die Teilnahme des Menschen an der nützlichen Arbeit, an der Produktion, ist. Allein auf der Grundlage dieser Gleichheit, die wir in der Produktion verwirklichen, ist die Weiterentwicklung zur Gleichheit des Verbrauches im Stadium des Vollkommunismus möglich.

Und da finden die Katastrophen der Bourgeoisie, daß wir die Gesellschaft nicht radikal genug umgeformt haben! Der sozialistische Kommunismus kennt wirklich keine Grenzen! Ja, wir haben noch keine Gleichheit im Sinne des Vollkommunismus, wir stehen erst im Anfangsstadium des Sozialismus in unserem Lande. Der Grund dafür ist in erster Linie ist aber, daß die internationale Sozialdemokratie die Arbeiterklasse gespalten und die Sache der proletarischen Weltrevolution gehemmt hat.

Wir haben noch Unterschiede in den Löhnen. Es gibt bei uns Industriezweige, in denen die Löhne höher sind als in den anderen. Das Bild des allgemeinen Steigens der Löhne spiegelt gleichzeitig auch die Ungleichmäßigkeit des Steigens derselben in einzelnen Zweigen wieder. So wurden bei einem allgemeinen Steigen der Löhne in der gesamten Industrie von 1928 bis 1932 um 51 Prozent die Löhne in der Kohlenindustrie um 90 Prozent, diejenigen der Eisenindustrie um 75 Prozent, diejenigen der Baumwollindustrie, Wollindustrie und der Buchdruckereien um 30 Prozent erhöht. Ausländische Spezialisten befinden sich bei uns in privilegiertester Lage als beispielsweise die Mitglieder unseres ZK. und der Regierung; aber wir zahlen teuer für das Wissen von Menschen, die der Arbeiterklasse herzlich helfen wollen, ihre sozialistische Wirtschaft aufzubauen.

Jamohl, bei uns herrscht Ungleichheit in der Versorgung. Beispielsweise beliefern wir nicht, und denken wir auch nicht aus den Vorräten des Staates zu beliefern, ehemalige Gutbesitzer, Kapitalisten, Polizisten, Pfaffen und sogar Mitglieder des menschheitlichen ZK. selbst auf die Gefahr hin, den dem Herzen Kautskys so naheliegenden demokratischen Grundsatz der „Gleichheit“ zu verletzen. Es gibt bei uns einen Teil der Bevölkerung, dem gegenüber die Sowjetmacht die Pflichten der staatlichen Belieferung übernimmt: in erster Linie die Arbeiter der führenden Industriezweige, der Neubauten, sonstige Gruppen von Arbeitern, Angestellten, — und einen anderen Teil, der angewiesen ist, sich durch das Netz unserer staatlichen und genossenschaftlichen Läden sowie durch die kollektivwirtschaftsmärkte selbst einzudecken. In unseren Kollektivwirtschaften kann in noch weit geringerem Maße als in der sozialistischen Industrie von der Anwendung der vollen Gleichheit („Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“) hinsichtlich des Verbrauches gesprochen werden.

Die Lotterie in der kollektiven landwirtschaftlichen Produktion wird oft mit der „Gleichmacherei“ im Verbrauch verwechselt. Wir führen einen unerbittlichen Kampf gegen die Ueberreste dieser Klein-Neid, wie es die Menschheit noch nie gesehen. Wenn ihr, Genossen, aufmerksamer betrachtet, was heute in der Sowjetunion vorgeht, so merkt ihr schon in dem Heute des Sozialismus die noch unklaren Umrisse der Gesellschaft mit dem „absterbenden“ Staat erbilden. Die Arbeit des Politbüros unserer Partei dreht sich hauptsächlich um Wirtschaftsfragen, die Planarbeiten unseres ZK., unsere Parteikonferenzen, ähneln in vielen Dingen Wirtschaftsberatungen. Der unerfahrene Massenorganisator, Agitator und Propagandist der vorrevolutionären Zeit ist auch zum praktischen Erbauer des Sozialismus geworden. Dies sind lauter dialektische Keimelemente des nachfolgenden späteren Absterbens des Staates. Die wachsenden und sich

mit jedem Tag erweiternden sozialen Funktionen des Staates der proletarischen Diktatur: des im stetigen Aufbau befindlichen Sozialversicherungssystems, des Gesundheitssystems, des Mutter- und Säuglingschutzes, der Volksbildung usw. zeigen mit aller Klarheit, in welcher Richtung sich der proletarische Staat entwickelt.

Aber wenn heute die Herren Anarchisten dem zum Staate der proletarischen Diktatur organisierten Proletariat der Sowjetunion vorschlagen, sich zu entwaffnen, auf Zwangsmaßnahmen gegenüber den für unsere Ordnung sozial gefährlichen Elementen zu verzichten, so kann die KPSSU, die Partei, die vor dem internationalen Proletariat eine gemaltige Verantwortung trägt für eine Sache, die die Sache der Werktätigen aller Länder ist, darauf nur eine Antwort geben: Niemals!

Wir Bolschewiki haben richtig gehandelt, als wir vorerst unserer Bourgeoisie das Rückgrat brachen, um dann unsere Schule des sozialistischen Aufbaus unter der proletarischen Diktatur durchzuführen. Davon zeugt die ganze fünfzehnjährige Erfahrung des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande. Was ist mit dem „organisierten Kapitalismus“, was mit der kapitalistischen Stabilisierung geworden? Was mit der Demokratie als Weg zum Sozialismus? Wohin hat die SPD die Novemberrevolution 1918 gebracht? Was sind die Resultate der Labour-Regierung in England? Wie ein unerfahrener Felsen im Aufruhr der Elemente steht die Sowjetunion, während die demokratischen und die faschistischen Staatsordnungen unauffällig zum Abgrund treiben. Nur die Sowjetunion ist ein Land, welches weiß, wohin sein Weg führt, für welche sozialen Ideale es kämpft, was das Lebensziel seiner jungen Generation ist — so schreibt einer der vorurtellosesten Engländer, der sich in der Sowjetunion aufgehalten hat. Nur hier gibt es jene gesunde, frische Begeisterung, die Berge berstet. In unserem Lande wächst eine neue Generation von Menschen heran, die keine Schwierigkeiten, keine Entbehrungen scheuen, die um der Befreiung der Werktätigen aller Länder willen zu allen Opfern bereit sind. Ihre Revolution, ihren sozialistischen Aufbau betrachten sie als einen Teil der proletarischen Weltrevolution.

Dieses Bewußtsein der Internationalität ist die Quelle der unbegreifbaren Kraft dieser Generation. Durch unsichtbare Fäden ist sie mit allen verbunden, die in den kapitalistischen Ländern leben und gegen das Joch des Kapitals kämpfen. Das gestern in Genf vergossene Arbeiterblut, das Arbeiterblut, das in der ganzen kapitalistischen Welt vergossen wird, empfindet sie als ihr eigenes Herzblut, das Tropfen um Tropfen aus ihren Adern rinnt. Die Folterungen der besten Kämpfer der Arbeiterklasse in den Ländern des weißen Terror empfindet sie als Schmerzensqualen ihres eigenen Leibes. Ihr scharfes Ohr hört die Schritte der in den Katenmatten lebendig begrabenen Klassenbrüder. Von Jahr zu Jahr häuft sich ihr Klassenhaß gegen die sterbende kapitalistische Welt, die Arbeiter und Bauern niederschleift und würgt. Sollen die regierenden Klassen der kapitalistischen Welt es nur nicht wagen, das Ventil dieses Hasses gegen ihre Gewaltordnung zu öffnen! Welche denen, die gegen diese Generation, ihr Wert und ihr Land die Hand erheben! Mit Zähnen und Klauen wird sie sich wehren, wird mit eurer Unterstützung, Genossen, mit Unterstützung der ganzen internationalen Arbeiterklasse für ihre Sache und ihr Land kämpfen. Was für Prüfungen wird dabei auch zu bestehen haben, wir werden unweigerlich siegen, denn wir sind die einzige Klasse, die einzige Weltpartei und heute das einzige Land, dem die große Zukunft gehört.

**Stoppt den Lügner das Maul!**  
LEST U. VERBREITET  
WILHELM FLORIN  
**Die Wahrheit über die Sowjetunion**  
PREIS 10 RM



# RUND UM DEN ERDBALL

## Der Skandal um Hindenburgs Gut Neudeck

Das Gut, ein Geschenk des Finanzkapitals an den Notverordner Hindenburg — Hindenburgs Sohn braucht die Steuern nicht zu zahlen — Die Vorwürfe Ludendorffs gegen den Januschauer

Hetziger Krach mit dunklen Hintergründen ist jetzt um jenes oft genannte Gut Neudeck ausgebrochen, das die deutschen Großindustriellen seinerzeit dem Reichspräsidenten Hindenburg geschenkt haben. Aus dieses ostpreussische „Stückchen Heimatland“ hat sich Hindenburg ja bekanntlich häufig zurückgezogen, wenn er sich hat erholen und kräftigen wollen.

Die „Schlacht“ um dieses Gut Neudeck — sie spielt sich ab zwischen Ludendorff und dem deutschnationalen Großagrariar Oldenburg-Januschau — läßt nun einen interessanten Blick hinter die Kulissen dieser Hindenburg-Schenkung tun. Der Streit geht sowohl um die Hintergründe beim Erwerb des Gutes, wie um nichtgezahlte Steuern und um eine besondere Zuteilung von Geldern aus der Osthilfe als Dank an den Januschauer.

Ludendorff geht in seiner „Volkswarte“ zunächst davon aus, daß das Gut Neudeck, das in unmittelbarer Nähe der riesigen ostpreussischen Besitzungen des Januschauers liegt, durch die Schenkung unter den Großindustriellen und der Hochfinanz auf Betreiben Oldenburg-Januschaus dem Reichspräsidenten zu seinem 80. Geburtstag geschenkt wurde. . . .

Doch habe nicht Hindenburg selbst, sondern vielmehr sein Sohn, der Oberst von Hindenburg, die Schenkung angenommen, weshalb er also nach dem Tode seines Vaters keine Erbschaftssteuern zu zahlen braucht!

Nun aber hätte Hindenburgs Sohn auf alle Fälle nach den bestehenden Gesetzen für das Geschenk eine Schenkungssteuer entrichten müssen. Aber auch diese hat er nicht gezahlt, behauptet Ludendorff. Vielmehr habe das Finanzministerium ihm den erforderlichen Stempel und damit die Zahlung der Schenkungssteuer, die bei dem Wert des Gutes zweifellos sehr hoch gewesen wäre, erlassen!

Interessant — wie?! Doch bezeichnender ist noch, was Ludendorff dem Januschauer selbst vorwirft. Dieses nämlich: Daß der Januschauer als der Führer der ganzen Gut-Neudeck-Misere später bei der Zuteilung von Geldern aus der Osthilfe, die ja bekanntlich den ostpreussischen Großagrariern zustiegen, außerordentlich begünstigt worden sei.

Und, wie Ludendorff weiter behauptet, sei trotzdem das Gut Neudeck noch nicht völlig schuldenfrei. Es sollen deshalb jetzt neue Sammlungen durchgeführt werden, um einen weiteren Betrag von 450.000 Mark aufzubringen. Als Nachweis für diese Behauptungen druckt Ludendorff einen Brief des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Dr. Bernhard Grund, ab, der sich bettelnd an die zahlungswilligen Kapitalisten wendet. Die Schenkungsbeträge, Summen von je 500 Mark, sollen zu diesem Zweck an die Dresdener Bank in Berlin überandt werden, die zur Sanierung des Gutes Neudeck ein Konto unter der Aufschrift „Hindenburg-Dank“ eingerichtet hat.

Interessant, nicht wahr, was alles der Exreaktionär Ludendorff, der jahrelang mit dem Generalfeldmarschall Hindenburg, dem Kandidaten der Eisernen Front, die Truppen Kaiser Wilhelms II. befehligte, jetzt dem Junker und schlimmsten Arbeiterfeind Januschau vorwirft?! „Daß wir alle bis zum Hals im Sumpf stecken“ — so lautet hierbei Ludendorffs resignierte Philosophie, die er seinem Rundblick unter den „feinen Herren“ abgewinnt.

Januschau — das ist klar — ist nun durch diese indiskreten Vorwürfe mächtig aus dem Häuschen geraten. Doch bestreitet er keineswegs, daß man das Gut Neudeck eingetragen hat auf den Namen des Obersten Hindenburg.

Das Gut sei zwar schuldenfrei gemacht, doch wären noch erhebliche Mittel für bauliche Zwecke erforderlich. Diese 450.000 Mark sollen also jetzt von den hindenburgfreundlichen Großindustriellen und der Hochfinanz eingesammelt werden. Ja, das sei alles in Ordnung.

Doch „irrendlich“ an seiner „Offizierslehre“ verlehrt sieht sich

## 30 Tote auf „Atlantique“

Ein flammenüberflutetes, treibendes Wrack

Der französische Riesendampfer „Atlantique“, der, wie schon gemeldet, im Vermelkanal in Brand geraten war, gilt als völlig verloren. Eine einzige Brandfackel, so trieb das Wrack hilflos die ganze Nacht. 211 Mann der Besatzung, die nur gerade mit dem nackten Leben davongekommen, wurden von Hilfschiffen an Land geleitet. Aber nicht die ganze Besatzung ist gerettet worden.

Die Geretteten berichten über beispiellos erschütternde Szenen auf dem brennenden Dampfer. Ueberrassend war in der Nacht das Feuer ausgebrochen. Infolge von Hitze und Rauch wurden zahlreiche Matrosen an den Maschinen und Pumpen ohnmächtig. Bis dann infolge der Gewalt der Feuerbrunst der Feuerschein: „Retzt sich, wer kann!“

Aber zahlreiche Rettungsboote waren bereits von den Flammen ergriffen. Eine Reihe von Matrosen, zum Teil bei den Löscharbeiten Verletzte, sprangen ins Meer. Viele sind ertrunken.

Bisher rechnet man mit 30 Toten, die zum Teil an Bord verbrannt, im Rauch erstickt oder in den Wellen des Vermelkanals untergegangen sind.

## Turmeinsturz im Schwefelkraftwerk

Wölferheim: Im Wölferheimer Betriebe des Braunkohlen-Schwefelkraftwerks Heßen-Grankfurt AG. ereignete sich nach Einbruch der Dunkelheit ein schwerer Betriebsunfall, der glücklicherweise keine Opfer forderte. Ein 40 Meter hoher Rauchentwurf des Kachelbagers, der die Braunkohle aus der Erde holt, stürzte ein. Die Ursache konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Der Sachschaden beläuft sich auf etwa 200.000 Mark.

## Erdbeben auf Alaska

Die Halbinsel Seward auf Alaska wurde von einem schweren Erdbeben erschüttert, das in einer Entfernung von 3000 Kilometern in den nordamerikanischen Städten Seattle und Spokane u. State Washington gespürt wurde.

der Januschauer durch den Vorwurf, er habe als Gegenleistung für seine Mithilfe an der Sammlung eine besondere Bevorzugung bei der Verteilung der Osthilfe erhalten. Im Brustton der Überzeugung erklärt dieser Junker, daß es dafür nicht eines besonderen Gnadenaktes des Reichspräsidenten bedürft hätte er habe bei der Osthilfe lediglich von dem Recht Gebrauch gemacht, das jedem Landwirt (!) zusteht.

Soweit bisher die erfreulich viel enthüllende Diskussion Ludendorff-Januschau wahrscheinlich wird sie sogar noch weitergeführt werden, da Ludendorff wohl allen notwendigen inneren Drang nebst Veranlagung besitzt, den Streit um das Gut Neudeck sozuzuziehen zu seiner Schlacht um die „majestätischen Sämpfe“ zu machen. . . .

## Steiermarks Bauern marschieren

Auf dem Hauptplatz des Städtchens Vorau in der österreichischen Provinz Steiermark sammelten sich die ausgeplünderten Bauern zu gewaltigen Kundgebungen um ihre Forderungen: Einstellung aller Zwangsversteigerungen, unentgeltliche staatliche Aushilfe mit Salz, Mehl, Holz, Viehfutter und Saatgut sowie Freilassung von Bauern, die wegen Verhinderung von Zwangsversteigerungen verhaftet waren. Elend und Kampf der österreichischen Bauern wird sicher auch die deutschen Bauern veranlassen, ihrer eigenen Lage zu gedenken.



## Schleichers „Butter-Margarine“

Warum die werktätigen Massen gegen die Verordnung zugunsten der Großagrariere kämpfen

Die Beimischung von Butter zur Margarine, wie sie nach dem Plan des „sozialen Generals“ beabsichtigt ist, ist für die Lebenslage der breiten Massen von einschneidender Bedeutung. Die Fette gehören nämlich zu den unentbehrlichsten Nährstoffen der Arbeiterschaft. Die allgemeine Bedeutung der Fette als Aufbaustoffe des menschlichen Körpers, als konzentrierte Nahrung, ist durch die Lebensweise und die Arbeitsbedingungen des modernen Industriearbeiters noch weiter gesteigert worden. Außerdem haben die Fette noch die wichtige Aufgabe, für andere Formen der konzentrierten Nahrung als „Schmiermittel“ zu wirken, weil konzentrierte Nahrung wegen ihrer „Trockenheit“ im allgemeinen nicht die genügende Gleitfähigkeit beim Verzehr besitzt.

Die Verteilung des Fettverbrauchs auf die einzelnen Fettarten hat sich in den letzten Jahren immer ungleichmäßiger gestaltet: Während der Verbrauch von tierischen Fetten, wie Butter und Schmalz, in ständigem Rückgang begriffen ist, hat der Verbrauch von Margarine, die überwiegend aus pflanzlichen Fetten besteht, in einer verhältnismäßig kurzen Zeit einen gewaltigen Umfang angenommen, weil das wachsende Massenelend die Werktätigen zwingt, sich auf die „billigsten“ Lebensmittel zu beschränken.

Ist die Margarine — als das billigere Fettprodukt — nun auch minderwertiger als die Butter? Im allgemeinen nicht, wenn man den Nährwert der Margarine einerseits und der Butter andererseits wissenschaftlich in Kalorien ausdrückt. Doch bestehen zwischen tierischen und pflanzlichen Fetten noch Unterschiede anderer Art, die den Nährwert entscheidend mitbestimmen: z. B. der verschiedene Gehalt der tierischen und pflanzlichen Fette an Vitaminen, ebenso die verschiedene Aufnahmebarkeit des menschlichen Organismus für tierische und pflanzliche Fette. Das alles bedingt natürlich einen größeren Nährwert der Butter gegenüber der Margarine.

Wäre darum die Butterbeimischung — nicht eigentlich eine Qualitätsverbesserung der Margarine? Aber eine derartige Qualitätsverbesserung ist ja für das Proletariat völlig nutzlos, da sie zwangsläufig mit einer Preissteigerung verbunden ist, die den ausgeplünderten Werktätigen nun auch den Kauf von Margarine unmöglich macht! Außerdem ist es aber sehr zweifelhaft, ob die für die Beimischung zur Verfügung stehende deutsche Butter die notwendige qualitätsverbessernde Beschaffenheit aufweist. Ganz zweifellos ist es jedoch, daß die Beimischung von Butter zur Margarine — im Rahmen der augenblicklichen deutschen Fettwirtschaft — die Güte der Margarine ungünstig beeinflussen muß, weil die Gefahr des Ranzigwerdens dadurch sehr viel größer wird.

Allgemein haben nämlich die tierischen Fette die Neigung, schneller ranzig zu werden als die pflanzlichen. Die jüngsten praktischen Erfahrungen Hollands auf diesem Gebiete beweisen,

Aber den hungernden Arbeitern, den Erwerbslosen und Bauern kann schon das bisher Erfahrere genügend Anlaß zu Gedanken und Schlußfolgerungen bieten. . . .

Warum wohl haben die Großindustriellen und die Hochfinanz dem Reichspräsidenten ein Gut für solch einen enormen Preis geschenkt? Jeder wird selbst darauf antworten können, wenn er bedenkt, daß es ja immer wieder Hindenburg war, dessen Name unter den Notverordnungen das „Ja“-Wort zu jenen Angriffen bedeutete, die das Finanzkapital und die Großagrariere gegen die Arbeiter und Bauern führen. . . .

Dem Notverordnungsunterzeichner schenkt man ein Gut zum Dank dafür, daß man dir, Arbeiter und Bauer, immer noch mehr entziehen kann.

Wer baut dir, Bauer, wenn deine Gebäude verfallen, weil Gerichtsvollzieher deinen Hof belagern, neue Stallungen hin? Welches Finanzamt erläßt dir die Steuern?

Aber dem Reichspräsidenten von Hindenburg schenken die Großagrariere und Industriellen fast eine halbe Million Mark als „Hindenburg-Dank“ für neue Gebäude. . . .

Und nun denke auch du hierüber nach, sozialdemokratischer Arbeiter, den die Führer der „Eisernen Front“ veranlassen, ihrem und der Finanzkapitalisten Freund und Kandidaten die Stimme zu geben. . . .

daß dieser Vorgang auch durch den Zusatz der besten Frischhaltungsmittel nicht wesentlich aufgehoben werden kann. Damit enthüllt sich die praktische Bedeutungslosigkeit jener Absicht, der Buttermargarine als Konservierungsmittel Benzoesäure zuzusetzen. Außerdem: Die Statistiken der letzten Zeit lassen nämlich erkennen, daß die Margarinemengen, die im Einzelhandel gekauft werden, pro Kopf immer kleiner werden. Bei wirtschaftlicher Not der Werktätigen ist also bereits so ungeheuer groß, daß sie nicht mehr die notwendigen größeren Mengen Margarine auf einmal kaufen können. Das bedeutet, daß die Lagerzeit der Margarinevorräte des Großhandels zunimmt, wodurch allein schon die Gefahr des Ranzigwerdens um vieles erhöht wird.

Schleichers Butterbeimischungszwang, der ja ausschließlich die Interessen der deutschen Großagrariere zu fördern versucht, ist indes nicht nur auf den Widerstand des Proletariats gestoßen, sondern hat auch eine Gruppe der Bourgeoisie auf den „Kampfplatz“ gerufen: die Margarineindustrie. Es wäre aber grundfalsch anzunehmen, daß die Margarineindustrie hier die Interessen der Arbeiterschaft vertritt: die Krautjunker und die Margarineindustriellen geben sich in der Ausplünderung der Werktätigen nichts nach.

Es dürfte vielleicht nicht allzu bekannt sein, daß die internationale Margarineproduktion zu einem ausschlaggebenden Teil von einem gewaltigen Monopolunternehmen beherrscht wird: dem englisch-holländisch-amerikanischen Margarine- und Seifentrust „Unilever“. Die überragende Monopolstellung von Unilever in der Margarine- und Seifenproduktion gestattet ihm, riesige Extraprofite zu erzielen — trotz der „Billigkeit“ der Margarine! Die Interessen des Margarine- und Seifentrusts bilden weiterhin einen bedeutenden Antrieb für die imperialistische Politik Englands, Hollands und auch Amerikas.

Die Pflanzenfette, die die Rohstoffe der Margarine- und Seifenfabrikation darstellen, müssen nämlich aus sogenannten kolonialen Ländern bezogen werden, vor allem aus Westafrika und — der Mandatschüre!

Die Beherrschung dieser Rohstoffgebiete für die Produktion des Margarine- und Seifentrusts gliedert sich also in die allgemeine imperialistische Raubpolitik der betreffenden, an „Unilever“ beteiligten nationalen Bourgeoisien ein. Und schließlich liefert „Unilever“ einen anschaulichen Ausdrück für die Verflechtung der blutigen Internationalen der Rüstungsindustrie. Denn bei der Seifenfabrikation entfällt als „Nebenprodukt“ in großen Mengen das Glycerin. Glycerin aber bildet die Grundlage für eine Reihe hochwichtiger Sprengstoffe, u. a. des Dynamits.

Chemicus.



Die faschistische Terrorwelle steigt auch in Breslau

Arbeiter werden von Nazihorden bewußtlos geschlagen — Eine alte wehrlose Großmutter und Kinder im Alter von acht und elf Jahren werden in einer Gartenlaube schwer mißhandelt — Verstärkung des Roten Massenelbstschutzes ist notwendig

Breslau, 8. Januar 1933.

Breslau-Friedewalde. Wie überall im Reich, so gehen auch in Breslau die vom Fememörder Heines ausgehenden Nazihorden dazu über, mit ihren verstärkten Terrormaßnahmen gegen die Arbeiter einzuschlagen.

In der Neujahrnacht am 1. Januar 1933 spielte sich in der „Neuen Welt“, Hundsfelder Straße, folgender Vorgang ab, der zu einem wohlvorbereiteten Ueberfall auf eine in der Nähe gelegene Gartenlaube führte.

Auf dem Wege zum Garten wurde bereits der Arbeiter R. von einer Uebermacht von 20 Nazis überfallen und blutig niedergeschlagen, so daß er bewußtlos liegen blieb.

Der Ueberfall auf die Gartenlaube

Nun erfolgte ein regelrechter Ueberfall auf die Gartenlaube des Arbeiters W. Die Türen wurden eingebrochen, die Fenster eingeschlagen und sämtliches Material in der Laube zertrümmert.

Nachdem diese Horden nun ihren wohlvorbereiteten Ueberfall vollzogen hatten, zogen sie sich in die „Neue Welt“ zurück, um sich aber auch hier aus dem Staube zu machen.

Den Revolver hatte dieser Schießheld bereits in Sicherheit gebracht. Auch die ausfälligen Äußerungen der Frau R. und deren Tochter, wie „Mäuer“, „Spitzhuden“, und „Euch werden wir den Kommunistenpuff schon antreiben“, zeugen davon, daß auch diese Leute in ihrer Verheerung ehrliche Proleten als die gemeinsten Menschen betrachten.

Diese Zuchtschrift von drei parteilosen Arbeitern, die uns noch besonders erklären, daß sie keiner Partei angehören, was ja schon daraus hervorgeht, daß sie ihrer Wirtin zum Neujahr gratulieren wollten, zeigt, wie die verhehten Nazihorden gegen wehrlose Arbeiter vorgehen.

Auch die Tatsache, daß sie nicht nur in bestialischer Weise auf die Arbeiter und deren Kinder einschlugen, sondern daß sie auch die wenigen Haselgärten eines Arbeiters demolierten, zeigt, daß sich diese Terrorhorden die Methoden des Berliner Felsenüberfalls zu eigen machen. Dieser Vorfall muß für die Breslauer Arbeiterschaft ein Alarmzeichen sein, mit doppelter Wachsamkeit auf dem Posten zu sein und sich verstärkt gegen alle weiteren geplanten Ueberfälle dieser ausgehehten Terrororgane zu verteidigen.

Kinderfürsorge im kapitalistischen Lande — und in der Sowjetunion

Wie die Kinderfürsorge im kapitalistischen System aussieht, davon liefert nachfolgende Mitteilung eines Kriegsverletzten einen deutlichen Beweis:

Der Kriegsverletzte R. hat 3 Kinder. Er erhielt vom Wohlfahrtsamt für zwei derselben, welche Stiefkinder sind, 34 Mark. Dieser Satz wurde in letzter Zeit derart abgebaut, daß er jetzt nur noch für ein Kind 10 Mark monatlich bekommt.

Dieser Fall zeigt sehr deutlich, wie die Fürsorgebehörden um die „Fürsorge“ für die Kinder bemüht sind, das heißt wie auch diesen der letzte Bissen Brot weggenommen wird.

Demgegenüber stellen wir die Kinderfürsorge im Arbeiter- und Bauernstaat, in der Sowjetunion, um aufzuzeigen, wie gerade im Arbeiterstaat für die jüngste Generation die größten Fürsorgemaßnahmen getroffen werden.

Die Kinderfürsorge in der Sowjetunion

In keinem Lande wird für das Kind im Vorschulalter so gesorgt, wie in der Sowjetunion. Schon die werdende Mutter, die in Fabrik oder im Betrieb arbeitet, bekommt eine bestimmte Zeit vor und nach der Geburt einen bezahlten Urlaub.

Nach den letzten Zählungen sind heute allein in der RSFSR 1.200.000 Kinder in den Kindergärten untergebracht, die bei den Familien, in den Kollektiv- und Sowjetgütern und in einzelnen Hausgemeinschaften bestehen.

neue Terror- und Verbotsmaßnahmen gegen die revolutionäre Klassenfront. Auch der erneute Ueberfall auf die beiden Reichsbannerkollegen in der Neuborfstraße, die durch eine 20 Mann starke Horde — welche aus dem Braunen Haus stürmte — blutig niedergeschlagen wurden und bewußtlos von der Stelle gebracht werden mußten, zeigt, wie in weiterer Nähe die Terrorwelle in Breslau, dem Domizil des Fememörders Heines, tagtäglich im Steigen begriffen ist.

Wir wollen auch an Hand dieses Vorfalls den irreführenden Nazi-propaganden zurufen: Laßt euch nicht von euren Führern, welche nur das eine im Auge haben, mit der gesamten Bourgeoisie den Volksemissarius zu vernichten, mißbrauchen gegen eure eigenen Klassen-genossen.

Reißt euch ein in die kämpfende Einheitsfront gegen alle Angriffe der herrschenden Klasse. Auch euch drückt die Not und das Elend

von Tag zu Tag immer mehr, und diese nationalsozialistischen Ver-räter versuchen euch nur durch diese Methoden von dem richtigen Wege des Kampfes abzulenken.

Den Arbeitern von Breslau aber rufen wir zu: Erkennt den Ernst der Situation. Neue Ueberfälle der faschistischen Terrororgane gegen euch stehen bevor. Deshalb verhärtet die antifaschistische Aktion, denn auch die letzte Terrorwelle im Juli und August vorigen Jahres konnte nur durch euer muttergütiges geschlossenes Auftreten zurückgeschlagen werden.

Reißt euch ein in den Roten Massenelbstschutz, verhärtet die Massenelbstschutzklassen in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Wohngebieten!

Höchste Alarmbereitschaft ist das Gebot der Stunde für die gesamte Arbeiterklasse!

Amnestieüberwachungsausschuß gebildet

Breslau. Während Tausende von proletarisch-politischen Gefangenen um die Amnestie betrogen worden sind, werden jetzt Arbeiter, die unter die Amnestie fallen, mit Strafanträgen bedroht. Obwohl nach den klaren Gesetzesbestimmungen diese Arbeiter amnestiert werden müssen, sollen sie erneut in den Anstalten der „freien Republik“ gesperrt werden.

Um auch hier den Kampf gegen die Klassenjustiz zu verstärken, ist für den Bezirk Schlesien ein Amnestieüberwachungsausschuß gebildet worden. Unter Mitwirkung eines Juristen wird der Amnestieüberwachungsausschuß allen angeklagten und verurteilten Arbeitern mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Sprechstunden des Amnestieüberwachungsausschusses sind jeden Freitag von 17-18 Uhr, im Büro, Freiheitsgasse 2, II. Nach Möglichkeit sollen Urteilsbegründung oder Strafantritt mitgebracht werden.

Gedenket der um die Amnestie Betrogenen.

Steigert die Winterhilfssammlung der Roten Hilfe.

Entsacht den Massenkampf, um die Befreiung aller proletarisch-politischen Gefangenen.

Rot Hilfe Deutschlands, Bezirk Schlesien. Amnestie-Überwachungsausschuß.

Gegen den Kulturfaschismus

Breslau. Schon des öfteren haben wir uns mit dem Charakter der Breslauer Volksbühne beschäftigt. Zu dieser Frage wird uns vom Bund proletarischer revolutionärer Schriftsteller ein Schreiben zugesandt, welches dieser an den Vorstand der Volksbühne gerichtet hat, mit der Bitte um Veröffentlichung.

Wir geben dieses Schreiben im Wortlaut wieder und bringen auch anschließend einen Kommentar dazu, weil in dem Schreiben einige Dinge enthalten sind, die uns als Redaktion veranlassen, dazu Stellung zu nehmen.

Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller Ortsgruppe Breslau

Breslau, den 23. Dezember 1932.

An den Gesamtverband der Breslauer Volksbühne E. V. Breslau, Karlsstraße.

Zeit Beginn der Theateraison hat in der hiesigen „Arbeiter-Zeitung“ eine Diskussion eingeleitet, die in aufschlußreicher Weise zu den örtlichen Theater- und Spielplanverhältnissen und der Mitverantwortlichkeit der „Breslauer Volksbühne“ an ihnen Stellung nimmt.

Auch die „MZ.“ sah sich schließlich veranlaßt, gegen diese Spielplangehaltung der Volksbühne kritischen Einspruch zu erheben.

Diese Urteile, summarisch genommen, besagen, daß „Breslaus maßgebende Kunstgenossen“, so die Volksbühne von sich selbst in ihren Werbeprospekten sagt, seit Beginn dieser Spielzeit bestrebt ist, eine ideologische Wendung noch weiter nach rechts zu vollziehen, um sich — im Wettrennen mit den Tendenzen der „Deutschen Bühne“ der Nazis — die Seele der faschistisch beeinflussten Kleinbürger-Abonnenten zu sichern.

Ein sozialistisches Klassenbewußtsein, ein politisches Kampfbekennnis für die Befreiung aller Ausgebeuteten, aller Hungernden,

aller Friedenden vom Joch des Kapitalismus, — diese Baumaterialien für eine neue Gesellschaftsordnung waren dem Volksbühnen-vorstand ein zu schwerwiegender Ballast bei diesem kühnen Aufstieg in die faschistische Gefühlsatmosphäre. Sie mußten ausgewechselt werden gegen die Auftriebs- und Vernebelungsatmosphäre „politischer und konfessioneller Neutralität!“ (So ebenfalls im Prospekt zu lesen ist.)

„Wer einzuteilen versteht, kann mittun“ — ruft der Volksbühnen-Vorstand den Wohlfahrtsempfängern zu. Mittun — woran? An der „Freiheit der Kunst!“ Welcher Kunst? Darüber geben schon hinreichend Aufschluß allein die Titel der seit Ende Oktober gespielten Stücke, wie: „Bargeld lacht“ — Donnerstag, den 17. April — „Heimkehr des Olympia-Siegers“ — „Die Töchter der Egzellens“, „Die Auslandsreise“.

Das also nennen Sie „Lebensfreude durch die Kunst“, Herr Eggers?! Diese hierseitigen Plattheiten und Gefühlskrämpfe eines zeitlich überholten Kleinbürgerturns, im „Klabberdada“ mummifiziert, beschwören Sie als Ausdruck Ihrer „Lebensfreude“?

Nun wissen wir endlich, woran wir sind, und wollen uns für diese Offenheit in gleichem Maße erkenntlich zeigen, wenn wir uns mit nachstehenden Fragen an den Gesamtverband wenden:

- 1. Stützt sich die oben aufgezeigte Kleinbürgerlich-faschistische Tendenz des Spielplans auf die Billigung durch den Gesamtverband?
2. Ist sich der Gesamtverband „Breslaus führender Kunst-gemeinde“, bewußt, daß der aufgezeigte Spielplan bereits das Niveau übten Unterhaltungsklubs erreicht hat, wie er beispielsweise auf den Rotterbühnen blüht und für sie sprichwörtlich geworden ist?
3. Glaubt der Gesamtverband ausnahmslos, daß diese Kunstwerke den künstlerischen und weltanschaulichen Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen?
4. Will der Gesamtverband mit dieser Spielplangehaltung demonstrativ bekunden, daß er auf jede ideologische, im Sinne des Sozialismus erzieherische Tätigkeit — einst der vernünftige Gründerszweck der Volksbühne — verzichtet will?
5. Welche Unterschiede vermag der Gesamtverband bei dieser Sachlage noch zwischen „Breslauer Volksbühne“, dem christlichen „Sühnevollständ“ und der „Deutschen Bühne“ der Nazis aufzuzeigen?
6. Teilt der Gesamtverband die Auffassung des derzeitigen Direktors Eggers, daß dieser Spielplan aus Mangel an „geeigneten“ Stücken durchgeführt werden muß?
7. Glaubt auch der Gesamtverband, daß diesem vorgeblichen Dilemma an „geeigneten“ Stücken nicht durch eine selbsttätige Initiative der Volksbühne in Gestalt von Wettbewerben und Ausschreibungen zu Themen aktueller Fragen der Arbeiterbewegung abzuhelfen ist?

Da wir mit diesen Fragen die Lebensinteressen der Volksbühne in einem für sie kritischen Stadium berührt haben, zählen wir auf Ihre baldige Beantwortung.

Soweit das Schreiben des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller, Ortsgruppe Breslau, an den Gesamtverband der Breslauer Volksbühne E. V. Obwohl die Ortsgruppe in ihrem Schreiben die Volksbühne beziehungsweise den Gesamtverband derselben in aller Deffentlichkeit ermahnt, Rede und Antwort zu stehen, so sind doch aber auch in diesem Briefe falsche politische Einschätzungen gegenüber dem Wirken der Volksbühne aufgestellt worden. Wenn es z. B. in obigem Schreiben u. a. heißt:

Ein sozialistisches Klassenbewußtsein, ein politisches Kampfbekennnis für die Befreiung aller Ausgebeuteten, aller Hungernden, aller Friedenden vom Joch des Kapitalismus, diese Baumaterialien für eine neue Gesellschaftsordnung, waren dem Volksbühnenvorstand ein zu schwieriger Ballast bei diesem kühnen Aufstieg in die faschistische Gefühlsatmosphäre. Sie mußten ausgewechselt werden gegen die Auftriebs- und Vernebelungsgasse „politischer und konfessioneller Neutralität“.

Es würde also nach dem Schreiben der Ortsgruppe des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller bedeuten, daß der Gesamtverband der Volksbühne nur im Gedanken des Klassenkampfes gehandelt hätte. Nun, wie uns die dialektische Entwicklung der Sozialdemokratie beweist, sind alle ihre Maßnahmen, waren sie auch im ersten Augenblick klassenkämpferischer Färbung gewesen, immer und immer eine Hilfe für den Faschismus. Genau so wie sich heute die Generalschaftsküratel bei Ausbruch eines Streiks, der nicht mehr zu verhindern war, an die Spitze desselben stellt, um so früher den selben abwürgen zu können, genau so werden sich auch und stellen sich ja auch nicht nur Herr Eggers allein, sondern der Gesamtverband der Volksbühne E. V. an die Spitze des sogenannten „Kunstlebens“, um eben durch ihre Führung klassenkämpferische Kunst zu vernichten.

Nicht an dem Gesamtverband der Breslauer Volksbühne liegt es, den Spielplan in revolutionärem Sinne umzugestalten; dazu wird derselbe sich niemals entschließen können, sondern die Umgestaltung des Spielplans liegt einzig und allein an den Mitgliedern der Breslauer Volksbühne E. V. Durch eine breite Protestbewegung müssen die Mitglieder der Breslauer Volksbühne auf den Plan treten und sich mit aller Entschiedenheit gegen diesen faschistischen Kurs auf kulturellem Gebiet wenden.

Werdet Leser der kommunistischen Presse

Beantwortlich für den politischen Teil, Probing und Lokales: Walter Sucha; Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Feudrich, Berlin. — Für Anzeigen: Albert Callan, Breslau. — Verlag und Druck: Schließke Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Arzener Str. 20.



# Sie steuern dem Weltkrieg entgegen

Die Neufahrten der verschiedenen Regierungsoberhäupter waren noch nicht verklungen, da jerrich der Kanonendonner von Schanghai das harmonische Phrasenzugert, das den Völkern Frieden und Wiederaufstieg im neuen Jahre kündete. Uebrig geblieben ist nur der rauchende Trümmerhaufen der Stadt Schanghaiwan, übrig geblieben sind die Schmerzschreie von Hunderten durch Granaten zerstückten Männern, Frauen und Kindern, übriggeblieben ist der Schrecken des imperialistischen Krieges.

Natürlich werden die Diplomaten in Genf, Berlin, London und Paris weiter mit aller Ruhe feststellen, daß es gar keinen Krieg gibt, denn — es gibt ja keine Kriegserklärung. Die bürgerlichen Blätter stellen allenfalls Betrachtungen an, wer nun eigentlich an dem neuen „Zwischenfall“ in Schanghai schuld ist. Die Japaner oder die Chinesen. Vielleicht wird auch der Witterung wieder die Entsendung einer Untersuchungskommission beschließen, die nach einem weiteren Jahr feststellen wird, daß Japan nicht nur in der Mandchurei, sondern in ganz Nordchina sehr wichtige Interessen besitzt und daß die „anarchischen Zustände“ im Inneren Chinas eigentlich schuld daran sind, daß die „unschuldige“ japanische Regierung ein paar Soldaten nebst dem notwendigen Zubehör nach der Provinz Jehol entsandte, um diese zu annektieren. Inzwischen aber wird der Kriegsbrand sich weiter ausbreiten und kann vielleicht schon in den nächsten Monaten zu einem Weltbrand werden.

Die „Argumente“, die die japanischen Imperialisten für ihren räuberischen Überfall auf die Stadt Schanghai anführen, ähneln aufs Haar jenen „Argumenten“, die wir schon im September 1931 beim Einmarsch in die Mandchurei und im Januar 1932 beim Bombardement auf Schanghai hörten. Da wird von „Provokationen“ der Chinesen gesprochen, von „unrechtmäßigen und bedrohlichen Truppenzusammenziehungen“, von „Gefährdung des Lebens japanischer Staatsangehöriger“ usw. Die japanischen Kriegsräuber haben sich noch nicht einmal der Mühe unterzogen, neue „Argumente“ zu suchen.

Was sind die wahren Gründe für den Feldzug des japanischen Imperialismus gegen Nordchina? Die Befehung und räuberische Annexion der Mandchurei, eines unzweifelhaft chinesischen Gebietsteiles, stellte nur den Anfang des Raubzuges des japanischen Imperialismus dar, der sich die Aufteilung und völlige Kolonisierung Chinas zum Ziel gesetzt hat. Wenn die japanischen Chauvinisten in ihrem Lande von der Notwendigkeit der Eroberung der Mandchurei und Chinas sprechen, so glaubt man, die deutschen Chauvinisten und Kriegsbeher reden zu hören. Auch die japanische Bourgeoisie erklärt, das japanische Volk sei ein „Voll ohne Lebensraum“, leide an Überbevölkerung und müsse deshalb neue Gebiete haben, wozu es seinen Geburtenüberschuß unterbringen könne. Genau dasselbe kann man über Deutschland täglich in der „Berliner Börsenzeitung“ oder im „Völkischen Beobachter“ lesen. In Wirklichkeit ist genügend „Lebensraum“ für das Volk sowohl in Japan wie in Deutschland vorhanden. Was die Existenz sowohl des japanischen wie des deutschen Volkes bedroht, das ist nicht der zu geringe Raum, sondern die Tatsache der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft, die die Werktätigen daran hindert, die Reichtümer des Landes in die Hände des ganzen werktätigen Volkes zu legen.

In Wirklichkeit handelt es sich bei dem japanischen Raubkrieg in China um etwas anderes: um die reichen Rohstoffquellen Chinas, nach denen die japanischen Finanzkapitalisten verlangen; um die Ausbeutung der billigen chinesischen Arbeitskräfte; um die Eroberung des chinesischen Absatzmarktes; um die Sicherung der militärischen und politischen Vormachtstellung am Stillen Ozean. Die Verschärfung der kapitalistischen Weltkrise stellt den Kampf um die Neuverteilung der Welt unter den imperialistischen Mächten, um die Beherrschung der Einflußsphären am Stillen Ozean, auf die Tagesordnung und treibt den japanischen Imperialismus zu seinem blutigen Raubzügen, wobei er sich der Unterstützung der europäischen imperialistischen Mächte gewiß ist.

Das Bombardement von Schanghai leitet die zweite Etappe dieses Raubkrieges ein und erhöht dadurch die Gefahr der schnellen Ausbreitung dieses Krieges über die ganze Welt ungeheuer. Schon berichtet der Telegraph aus Washington, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in dem neuen Feldzug der japanischen Truppen eine ernste Bedrohung der Interessen des amerikanischen Imperialismus in China erblickt, und der Staatssekretär des Auswärtigen, Stimson, erklärte, daß

# Meuterei in der polnischen Armee

## Standgerichte gegen Soldaten — Erfolgreiche antimilitaristische Arbeit der KP. Polens

Warschau, 4. Januar. Schon seit mehreren Tagen dringen Gerüchte an die Öffentlichkeit, daß innerhalb der polnischen Armee eine wachsende Gärung unter den Soldaten sich breit macht, die in mehreren Fällen zu offenen Meutereien und zu Angriffen auf die Vorgesetzten geführt hat. Diese Tatsache wird jetzt durch eine Verordnung der Warschauer Garnisonleitung bestätigt, die ab gestern militärische Standgerichte im gesamten Warschauer Bezirk eingesetzt hat. Die Standgerichte sind ausschließlich zur Aburteilung von Militärpersonen bestimmt, und zwar wegen der wachsenden Vergehen von Militärpersonen, die Uebertreue auf Vorgelegte mit der Waffe in der Hand, der hochverräterischen und umkürzlerischen Tätigkeit usw. Die genannten Vergehen werden nach der Verordnung der

Garnisonleitung handrechtlich mit dem Tode durch Erschießen bestraft. Vor einigen Tagen sind derartige Verordnungen auch von den militärischen Kommandos in der ukrainischen Stadt Lutz und in der Stadt Lódz erlassen worden.

Angeichts der furchtbaren Krise in Polen schreitet der revolutionäre Aufschwung immer weiter fort und ergreift nicht nur die Arbeiter und Bauern, sondern im wachsenden Maße auch die Proleten im Waffensack. Unter diesen Umständen breitet sich die antimilitaristische Propaganda unserer polnischen Bruderpartei immer stärker aus und auch die draconischen Standrechtsverordnungen werden nicht verhindern können, daß die Soldaten sich mit den Arbeitern verbündeten.

# Vor der Inflation in USA.

## Gefahr zur Herabsetzung der Währung geplant / Scharfer Konkurrenzkampf England-Amerika

Washington, 4. Januar. Die Gefahr einer Inflation in den Vereinigten Staaten verdichtet sich immer mehr. Zudem bereits zu Jahresbeginn die führenden Vertreter der amerikanischen Bourgeoisie eine Vermehrung des Notenumlaufes gefordert haben, erklärte in der heutigen Sitzung des Senats der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Senator Borah, daß er eine Gesetzesvorlage zwecks Vermehrung des Notenumlaufes einbringen werde, wodurch eine Wertminderung des Dollars eintreten müsse. Borah erklärte, die Inflation sei das einzige Mittel zur Rettung der amerikanischen Rohstoffproduzenten und der Landwirtschaft, die unter der Konkurrenz der vom Goldstandard abgegangenen Länder (gemeint ist England) schwer zu leiden habe. Auch zahlreiche Mitglieder des amerikanischen Kongresses erklärten eindeutig, daß entweder noch der jetzige oder der nächste Kongreß unbedingt Inflationsmaßnahmen treffen müsse.

Inflation in den Vereinigten Staaten, dieser Festsitz des Weltkapitalismus, diese Tatsache ist bezeichnend für das Bild, das der gesamte Kapitalismus heute bietet. Noch zu Beginn des neuen Jahres brachten es die Professoren des Kapitalismus fertig, von „Anzeichen einer Krisenbesserung“ zu reden, während jeder neue Tag den Beweis bringt, daß sich die Krise des Kapitalismus weiter verschärft, zu immer größeren Konflikten zwischen den

Staaten und Klassen führt. Die amerikanische Bourgeoisie, die 15 Millionen Arbeitslose buchstäblich verhungern läßt, will durch die Inflation die Lebenslage der werktätigen Massen im ganzen Lande mit einem Schlage brutal herabsetzen, um sich auf diese Weise auf den Schultern der darbenenden und hungernden Massen einen Ausweg aus der Krise zu schaffen. Aber dieser „Ausweg“ bedeutet nur noch größere Leiden und Qualen für die Arbeiter und werktätigen Farmer, bedeutet gesteigerten Konkurrenzkampf zwischen dem englischen und amerikanischen Kapitalismus auf dem Weltmarkt, eine Verschärfung, die in absehbarer Zeit zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden imperialistischen Konkurrenten treiben wird, die bereits in Südamerika begonnen haben. Wohin wir auch blicken, überall zeigen sich die Anzeichen für herannahende Katastrophen, zu denen die Bourgeoisie in allen Ländern bewußt hinstrebt. Nur eine mächtige Steigerung des revolutionären Klassenkampfes gegen die Kriegstreiber und Ausbeuter in jedem Lande, nur eine breite Mobilisierung der Massen zur Einheitsfrontaktion gegen den imperialistischen Krieg, nur der verstärkte Kampf zum Schutz der Sowjetunion und für den sozialistischen Ausweg aus der Krise kann die werktätigen Massen vor Hunger und imperialistischem Krieg retten.

die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen eine japanische Nachterweiterung dulden werden, die die bestehenden Abkommen unter den imperialistischen Mächten über die Aufteilung der Einflußsphären verlegt.

Mit der Verschärfung dieser imperialistischen Gegensätze verstärkt sich erneut die Gefahr der Intervention gegen die Sowjetunion. Man denke nur an jene unzweideutigen Drohungen der Vertreter der japanischen Regierung anlässlich der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China. Das waren offene Angebote an die übrigen imperialistischen Mächte, sich mit Japan zu vereinigen, um „die Kräfte, die im Fernen Osten den Frieden bedrohen“ (gemeint ist nicht etwa Japan, sondern die Sowjetunion und China), zu vernichten. Die amerikanisch-japanische Rivalität im Fernen Osten ist keineswegs ein Hindernis für die Intervention gegen die Sowjetunion, vielmehr treibt der amerikanische Imperialismus bewußt zu einer Intervention hin, weil er durch eine Schwächung sowohl des Klassengegners, der Sowjetunion, als auch des imperialistischen Konkurrenten Japan eine Stärkung seiner eigenen Machtpositionen im Fernen Osten erhofft.

Vor allem müssen die schwachpollen Manöver der internationalen Sozialdemokratie entlarvt werden, die erneut

versucht, die werktätigen Massen zu betrügen und ihnen vorzugaukeln, daß die Regierungen der imperialistischen Mächte Frankreich und Deutschland dem Krieg ein Ende machen würden. Der „Vorwärts“ vom Mittwoch teilt unter der Ueberschrift „Sozialistische Gegenaktion“ die „erschütternde“ Tatsache mit, daß die französische Sozialdemokratie, die mit der Regierung Boncour durch die und dünn geht, von dieser Regierung, die der Bundesgenosse Japans ist, Maßnahmen gegen Japan verlangt, und diesen betrügerischen Antrag der französischen Sozialdemokratie nimmt der „Vorwärts“ zum Anlaß, um auch seinerseits ausgerechnet an die Regierung Schlicher zu appellieren, sich „zu einer Aktion gegen Japan“ zu entschließen. Nicht an das Proletariat wendet sich die Sozialdemokratie, sondern, am das Proletariat vom Kampf gegen die Kriegstreiber abzuhalten, täuscht sie ihm vor, daß die imperialistischen Regierungen den Krieg verhindern würden.

Das Proletariat muß diesen Betrug durchschauen, es muß wissen, daß nur durch seine internationale Aktion die Verbrechen der Kriegstreiber zunichte gemacht werden können. Nicht Appelle an die imperialistischen Regierungen, nur Kampf gegen diese Regierungen, Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen die Kriegstreiber der eigenen Bourgeoisie, das muß die Lösung sein, die die Betriebe und Stempelstellen in ganz Deutschland erfährt.

# Genz-gai Das Rote Hai-Feng

AUS DEM CHINESISCHEN

16. Fortsetzung

Die ersten Tage nach seiner Ankunft in Hai-Feng war Tscheng-Tschun-Min ausschließlich mit der Bestattung seines Bruders beschäftigt. Er nutzte diesen Umstand aus und setzten unsere lokale Werbearbeit eifrig fort — wir wollten nämlich zunächst die Bezirksbauernbünde wiederherstellen.

Im ersten Monat des 13. Jahres der Republik (1924) letzte Genosse Li-Lao-Sun in Tschan-Tschun den Bauernbund des siebenten Bezirks wieder ein. Bei der Feier waren über 200 Delegierte und gegen 2000 Bauern als Gäste anwesend. Eine Demonstration fand statt, darauf wurde der „Löwentanz“ vorgeführt.

Nach meiner Rückkehr aus Tschan-Tschun lud ich Tscheng-Tschun-Min auf, um zu erfahren, wie er sich nunmehr zum Bauernbunde stellen werde. Man wies mich in einen großen Saal. Tscheng-Tschun-Min saß in einer Ecke am Fenster, inmitten unserer Todfeinde, der Grundherren und Beamten, unter denen sich auch Wan-Tso-Tsin befand. Bei meinem Erscheinen erhob sich Tscheng-Tschun-Min und bat mich Platz zu nehmen. Wohl oder übel mußten auch die übrigen seinem Beispiel folgen und mich begrüßen.

Tscheng-Tschun-Min: Nun? Ihr habt ja den Bauernbund von Tschan-Tschun wiederhergestellt? Wie ich höre, habt ihr auch eine Theatervorstellung veranstaltet? Wozu war denn das nötig?

Ich: Ja, der Bauernbund ist wiederhergestellt, ich war selbst bei seiner Eröffnung zugegen. Das Gerede von einer Vorstellung ist aber erfinden.

Da nahm Wan-Tso-Tsin das Wort.

„Herr Peng! Sie sind ein guter Mensch, ich zolle ihnen große Achtung. Nur haben Sie Ihre Tätigkeit zu extrem eingestellt. Wenn Sie zum Beispiel die Bauern zur Verweigerung der Zinszahlung zum Aufruf heßen, so ist das ganz falsch.“

Ich: Ob ich gut bin oder nicht — das gehört überhaupt nicht ierher. Und was unsere Tätigkeit betrifft, so sind wir der Ansicht,

daß Ihre Partei extrem gesinnt ist, während wir zu milde vorgehen. Es ist hinlänglich bekannt, wie schwer die Bauern dieses Jahr durch das Hochwasser gelitten haben. Das grundherrliche Kapital, der Boden, ist unverehrt geblieben, das Bauernkapital, hat der Wind fortgeweht, das Wasser fortgespült. Der Bauer kann nicht einmal sein Kapital herauschlagen, geschweige denn die Zinsen. Wie kann da bloß der Grundherr Zinsen fordern? Es fragt sich nun, wer extrem eingestellt ist, diejenigen, die den verelendeten Bauern dazu verhelfen wollen, daß sie keine Zinsen zu zahlen brauchen, oder diejenigen, die den Grundherren die kleineren Schäden erlitten haben, beistehen und von den Bauern Zinsen erpressen wollen. Und doch hatten die Bauern beschlossen, den Grundherren einen Teil des Pachtgeldes zu zahlen — waren sie in diesen Falle nicht zu nachgiebig? Sie, Herr Wan, haben falsche Melbung erstattet, haben berichtet, daß die Bauern revolutionieren, dem hat aber nicht einmal der Oberbefehlshaber Glauben geschenkt. Und doch haben Sie sich, die öffentliche Meinung misachtend, erdreistet, den Bauernbund zu schließen, und obendrein mehr als zwanzig Bauern ein halbes Jahr lang in Haft zu behalten. ... Das nenne ich nun wieder extrem eingestellt sein. ...

Ich: Das ist richtig. Die Älteren müssen die Jüngeren zu überzeugen suchen. Selbst wenn die Jüngeren im Unrecht sind, muß man es nicht bis zum Äußersten kommen lassen. ...

Ich: Das ist aber noch nicht alles. Es gibt noch vieles, was zur Kenntnis des Oberbefehlshabers gebracht werden muß. So hat Wan-Tso-Tsin nach der Verhaftung der Bauern Soldaten zu Wan-Tsin-Tsin ins Haus geschickt und seiner Familie 20 Dollar erpreßt. Das können wir beweisen. Auch Wan-Tso-Tsin hat sich Erpressungen zuschulden kommen lassen. Jeden Tag kamen ja die Verwandten der Verhafteten zu ihm mit ihren Anliegen. Wan-Tso-Tsin verlangte von ihnen Geld, Lebensmittel, drohte, er würde den Angeklagten Fesseln anlegen lassen, wenn er nicht für jeden von ihnen 50—60 Dollar bekomme. Als in Humpin des Pachtzinses wegen Streitigkeiten zwischen Bauern und Grundherren ausbrachen, wurden die Bauern verhaftet und nicht eher in Freiheit gesetzt, als bis sie zweimal beträchtliche Geldbußen erlegten. Wenn ich alle diese Vergehen aufzählen wollte, würde ich drei Tage lang reden müssen. ...

Ich: Wenn dies alles wahr ist, kommen die Schuldigen sofort vors Gericht! Das ist ja Korruption!  
Ich: Was die Piken und Messer betrifft, so hatte der Bauern-

bund auch wirklich welche, aber nur zu Verteidigungszwecken. Wir haben niemanden getötet, niemanden beraubt. Weisen Sie das Gegenteil nach, wenn Sie können.

Wan: Natürlich werdet ihr Euch hüten, einzugestehen.

Hier mischte sich Lin-Tschu-Tsun ins Gespräch.  
Ich bin Dein Lehrer, Du bist mein Schüler — zwischen uns sollte doch das beste Einverständnis herrschen. Warum verunglimpft Du mich in den Zeitungen?“

Ich: Unfinn. Wer, wie Sie es tun, wider die Interessen der überwältigenden Mehrheit des Volkes handelt, der begeht ein beispielloses Verbrechen. In solchen Fällen würde ich selbst Vater und Mutter gegenüber keine Schonung walten lassen.

Ein anderer Beamter ließ sich hören.

„Herr Peng, Sie sind ja ein guter Mensch. Daß Sie sich mit den Vornbünden befehlen, ist ja auch ganz gut. Nur dürfen beide Parteien es nicht bis zum Äußersten treiben, man muß die Konflikte friedlich beilegen.“

Ich: Bis jetzt habt ihr die Bauern tagtäglich sich krumm schnecken lassen — habt sie bis zum Weißbluten ausgebeutet. Jetzt beginnen sich die Bauern ihrer Rechte bewußt zu werden — sie werden sich nicht mehr übers Ohr hauen lassen. Versucht ihr's dennoch, so wird's euch teuer zu stehen kommen.

So ging das Gespräch noch eine Weile fort, allmählich zerstreuten sich die Beamten, auch Tscheng-Tschun-Min zog sich zurück. Außer mir und zwei Leibwächtern des Oberbefehlshabers war kein Mensch mehr im Saal. Als sie sahen, daß wir allein waren, traten sie auf mich zu. Einer von ihnen redete mich an:

„Denen haben Sie es gut gegeben, Herr Peng! Mir lief ja die Galle über, als ich ihr Geschwätz anhörte. Die Blutjauger! Wie sollte man sie niedermachen, alle!“

„Wie heißt du. Bist du Bauer?“

„Mein Name ist Tscheng. Früher war ich Bauer. Dann nahm man mir das Land weg, da mußte ich mich als Soldat verdingen.“

„Hättest du Lust, dem Bauernbunde beizutreten?“

„Ich möchte schon. Ich habe schon längst dran gedacht, wußte aber nicht, wie ich's anfangen soll.“

„Gut. Jetzt wirst du unser Bruder sein. Komm mit zu uns — wenn du Zeit hast.“

(Fortsetzung folgt)



# Die Kreistagung im Waldenburger Hungerland

Ein neuer Schandfleck in der Geschichte der SPD. — SPD.-Landrat mit Hilfe der Bürgerlichen gewählt — Der Arbeitsbeschaffungsplan ein neues Betrugsmanöver — Abstimmung über kommunistische Anträge für Erwerbslose und Bergarbeiter mit Hilfe der SPD. und ihres Landrats verhindert

Am Dienstag, dem 3. Januar, tagte im Waldenburger Hungerland der Kreisrat, den der kommunistische Landrat Sozialdemokrat Dr. Brandes mit einer Rede über die wirtschaftliche und soziale Struktur des Kreises eröffnete.

Er wies an Hand von Zahlen nach, wieviel die Industrie im Kreise gedrosselt wurde, wieviel die Zahl der Unterstützungsempfänger in die Höhe geschossen ist und daß der Haushaltsplan bei seiner Aufstellung im Mai 1932 mit einem ungeheuren Fehlbetrag von 1.188.500 Mark abschloß, der nur aus Staatsbeihilfen gedeckt werden könne. Der Sozialdemokrat vergaß dabei allerdings darauf hinzuweisen, daß gerade durch seine Partei der Lohnabbau durch Notverordnungen forciert unterstützt wurde und damit die Drosselung der Kaufkraft der Massen mit auf ihr Konto kommt, daß also auch sie mitschuldig sind an der ungeheuren hohen Zahl der Erwerbslosen im Kreise. Seine ganze Rede war darauf abgefaßt, bei der bürgerlichen Fraktion Einbruch zu schaffen. Stand doch gleichzeitig die Wahl des Vorschlages zum ordentlichen Landrat des Kreises auf der Tagesordnung. Wie gut vorher der Kuhhandel geklappt hatte, beweist die Tatsache, daß bei der Vornahme der Wahl, nicht nur von Seiten der bürgerlichen Fraktion kein Gegenvorschlag gemacht wurde, sondern diese gaben restlos mit Ausnahme der zwei Nazis dem Sozialdemokraten Dr. Brandes ihre Stimme.

Von der kommunistischen Fraktion sprach der Genosse Honisch, der diese Einheitsfront zwischen SPD. und Bürgerlichen mit scharfen Worten ansprangerte, die sich ja nicht nur auf die Wahl eines SPD.-Landrates beschränkt, sondern besonders dann in Erscheinung tritt, wenn es gilt, kommunistische Anträge mit Forderungen für die Erwerbslosen und überhaupt für die Werktätigen niederzustimmen.

Das Freundchaftsverhältnis wurde allerdings in einem anderen Falle schon wieder hart erschüttert. Nämlich als es um die Neuweisung des Amtsvorsteherpostens in Wüstewaldorf ging. Hier hatte die SPD. und die bürgerliche Fraktion je einen Vorschlag gemacht. Der bürgerliche Vertreter lamentierte darüber, daß ihnen doch ein Recht zur Besetzung zustehe, „entsprechend einer früheren Vereinbarung mit der SPD.“, nach der immer ein Amtsvorsteherposten der SPD. und der nächste den Bürgerlichen zugesprochen wurde“. Die kommunistische Fraktion ist, dem Zahlenverhältnis entsprechend, das „Zünglein an der Waage“, weshalb auch ein SPD.-Vertreter schon vor der Sitzung mit der Aufforderung an die Kommunisten herantrat, doch für den SPD.-Mann zu stimmen, um die Wahl des Bürgerlichen zu verhindern. Wir Kommunisten erklären dazu: Gerade die sozialdemokratischen Amtsvorsteher haben bewiesen, daß sie die treuesten Lakaien der herrschenden Klasse sind, daß sie am besten es verstanden haben, alle sozialen Verschlechterungen für die Arbeiterklasse in der Tat zu verwirklichen. Sie unterscheiden sich nicht im geringsten von irgendwelchen bürgerlichen Amtsvorstehern. Die SPD. sollte bald wissen, daß die Kommunisten den Kampf gegen alle Vorkreter und Lakaien der faschistischen Regierung führen und im außerparlamentarischen Kampf die Werktätigen für ihre Forderungen auch gegenüber den Amtsvorstehern jealöser Parteilichkeit mobilisieren. Die Kommunisten können deshalb auch für keinen der beiden Vorschläge. Es wurde der bürgerliche Vertreter Max Werner, Bedtktheide, gewählt.

Nach Erledigung einiger formeller Angelegenheiten stand erneut der Erlass einer neuen Kreisordnung für die Berufsschulpflicht auf der Tagesordnung. Bereits in der vorherigen Kreisratssitzung sollte dieser Tagesordnungspunkt behandelt werden. Die kommunistische Fraktion hatte einige Ergänzungs- und Einschränkungsanträge gebracht. Und zwar wandte sie sich besonders dagegen, daß

die Fortbildungsschüler mit Schulhaft bis zu sechs Stunden, die auf Sonntag verlegt werden sollen, und mit Geldbußen bestraft

werden sollen. Außerdem forderte die kommunistische Fraktion, daß den Schülern das Recht eingeräumt wird, auf je 5 Schüler einen Schüler als Schutrat zu wählen. Damals erklärte sich die SPD. bereit, nach Stellungnahme in ihrer Fraktion für einen Teil unerer Forderungen zu stimmen, weshalb der Punkt vertagt wurde. Bei der jetzigen Behandlung war es besonders der SPD.-Lehrer Gerberich, der sich mit höhnischen Worten gegen unsere Anträge wandte und wie jeder vernünftige Pädagoge keine Angst vor irgendwelchen „Freiheiten“ oder „Mitbestimmungsrechten“ der Schüler zum Ausdruck brachte. Es war amüßlich zuzuhören, wie sich hier die Ansichten des „SPD.-Erzieher“ mit denen des Nazideputierten Kümmel, der auch etwas über „Erziehungsfragen“ schwafelte, deckten. Die kommunistische Fraktion, die ihre Anträge durch die Genossin Frida Franck begründen ließ, prangerte das Verhalten der SPD. mit sehr scharfen Worten an und betonte besonders, daß sie in der Öffentlichkeit

## Polizeikommissar mißhandelt einen Arbeiter

Görlitz. Am Freitag dem 23. Dezember 1932, um 9 Uhr vormittags, wurde der Arbeiter E. aus der Jaurnider Straße in Görlitz durch einen Polizeibeamten der Wache Kummerwitzer Straße zur Vernehmung geführt, weil er angeblich in der vergangenen Nacht mit einer Kolonne in der Stadt gemalt haben sollte. Er mußte zunächst auf der Wache eine halbe Stunde warten, weil der „Herr Kommissar“ noch nicht da war. Als der Herr Kommissar Pfahl endlich erschien, kimmerte er sich auch jetzt noch nicht um E. Auf dessen Forderung, man solle ihn nun vernehmen oder nach Hause gehen lassen, da er noch nicht gefriert habe, antwortete ihm Pfahl, er habe sich hinzusetzen. E. erwiderte, daß mache er, wie er wolle.

Kommissar Pfahl packte nun den Genossen mit roher Gewalt und stieß ihn auf einen Stuhl, so daß E. die Besinnung verlor und vom Stuhl fiel.

Als er wieder zu sich kam, bemühte man sich mit Wasser um ihn. E. hatte heftige Schmerzen im Rücken und konnte sich nicht bewegen. Man legte ihn im Nebenzimmer auf ein Sofa. Kommissar Pfahl bekam es nun mit der Angst zu tun. Er versuchte es mit einem wenig schmerzmittel, aber um so plumperen und bekannteren Kniff. Er fuhr den Arbeiter E. an:

„Warum haben Sie mir an die Kehle gegriffen?“

Man holte den Arzt Dr. Hohndorf, der „natürlich“ nichts feststellte. Die Polizei übernahm die Kosten; das erste Eingeständnis ihrer Schuld. Nun brachte man den Arbeiter mit einem Polizeiwagen zur Wache auf dem Untermarkt ins Rathaus. Der Verletzte wurde trotz seiner Schmerzen ohne jede Unterlage auf die Erde gelegt. Später auf eine Bank. E. verlangte nach seinem Hausarzt und seiner Frau. Beide wurden nicht zugelassen. Man holte statt dessen Herrn Stadtarzt Dr. Kunz. Dieses Genie stellte bei seiner oberflächlichen Untersuchung auch nichts fest. Immerhin verschrieb er Tabletten und absolute Ruhe. Scheinbar kam ihm die Sache doch bedenklich vor. Der Arbeiter E. wurde nun in eine Zelle geschafft und am anderen Morgen zur Vernehmung geholt. Der Polizei war bekannt, daß E. an dem Tage wegen einer Mittelohrerkrankung zum Ohrenarzt gehen wollte. Neben einer Naselzerrung, die inzwischen ein Privat-

arzt feststellte, hat sich das Ohrenleiden bedeutend verschlimmert, was bei einer solchen Behandlung nicht verwunderlich ist.

Arbeiter, Dr. Kunst hat dem Arbeiter E. Ruhe verboten. Ruhe! Ist das nicht ein Hohn, wo Millionen hungern und frieren? Die Arbeiter werden keine Ruhe geben, sondern gegen den Polizeiterror, für die Arbeiter- und Bauernmacht kämpfen!

### Splitter und Balken

Kauscha. In der jetzigen politischen Hochspannung kommt es öfter vor, daß für einzelne Leute der politische Wortschatz ein Bibelzitat Anwendung findet, welcher lautet: „Du Heuchler, ziehe zuerst den Balken aus deinem Auge, danach behalte, wie du den Splitter aus dem Auge deines Bruders ziehest.“ Diesen Bibelzitat dürfen sich mit Recht die Kisten für Arbeiterkultur aus der Kuisendruckerei in Görlitz annehmen. Diese Herrschaften wissen immer sehr viel über die SPD. zu schreiben, um die Hürde der Arbeiterkraft immer noch mehr zu vertiefen, vergessen aber dabei, daß es recht angebracht wäre, über ihren eigenen Vaden zu schreiben. Scheinbar liegt ein Konkurrenzkampf zwischen der „Lieg'niger Volkszeitung“ und der „Görlitzer“ vor. So brachte letztere einen Bericht, entnommen aus der „Lieg'niger Volkszeitung“, welcher lautete: Prämien für ehrliche SPD.-Kassierer.

Ja, ihr lieben Leser der „Görlitzer Volkszeitung“, es ist nun mal so: wir bezahlen Prämien für getreue Kassierer, ihr aber bezahlt scheinbar Prämien für Unterschlagungen. Wenn ihr nun schon einmal solche Dinge schreibt, dann müßt ihr auch erst einmal in eurem eigenen Laden umsehen. Wie ist denn die Sache eigentlich mit dem Gemeindefotografen Reicher gewesen? Da schreibt ihr allerdings, daß er Mitglied der SPD. war. Warum denn nicht bei der Wahrheit bleiben? Wir wissen, daß er noch immer Mitglied der SPD. ist. Wie hat es denn mit Dedwert ausgefallen, wißt ihr denn das nicht mehr? Ferner wie hat es denn mit dem Konsumverein ausgefallen und auf dem Stempelamt mit Schulz? All diese Dinge werden in der SPD.-Presse verschwiegen. Doch die Arbeiterkraft von Kauscha kennt diese Dinge.

Die revolutionären Arbeiter werden alles daran setzen, um die SPD.-Arbeiter von dem verwerflichen Einfluß ihrer Führer zu befreien. Die Zeit wird nicht mehr allzu fern sein, wo die SPD.-Arbeiter restlos den Weg zur SPD. gefunden haben werden und mit uns gemeinsam den Sozialismus erkämpfen!

Protokoll der kommunistischen Fraktion verweigerte und willkürlich die Tagung schloß. Die anwesenden Erwerbslosen haben dort schon den ersten Begriff von der Einstellung des Sozialdemokraten Brandes zu den Forderungen der Erwerbslosen erhalten. Sie waren dort als Zuhörer, um zu erfahren, wie sich das Schicksal der Erwerbslosen des Kreises gestalten wird, und werden nunmehr von neuem überzeugt worden sein, daß es gilt, auf außerparlamentarischem Wege die Forderungen der Erwerbslosen zu erämpfen.

Dr. Brandes, Sie haben Ihren bürgerlichen Wählern im Kreistag den Beweis geliefert, daß Sie ihrer Würdig und der beste Garant für die Durchführung des faschistischen Programms der Schließung Diktatur im Kreise Waldenburg sind. Daran ändert auch das angeblich „großartige Arbeitsbeschaffungsprogramm“ nichts. Dasselbe ist nichts anderes, als ein großangelegtes Betrugsmanöver an den hungernden und frierenden Erwerbslosen. Brandes selbst mußte erklären, er gebe sich keinen übertriebenen Erwartungen hin, inwiefern und wann die Arbeiten einsetzen werden. Den Erwerbslosen wurde ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vor die Nase gehalten, das nie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft durchgeführt wird. Es ist kein Geld da, oder aber es wird versucht, das Programm zu untertariiflichen Hungerlöhnen, auf dem Wege der Zwangsarbeit, durchzuführen! In beiden Fällen sind die Erwerbslosen die Betrogenen. Das alles geschieht, um die Erwerbslosen von der Einheitsaktion gegen Hunger und Frost abzuhalten. Wir rufen alle Hungernden, vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter, auf, auf dieses Manöver nicht hereinzuverfallen, und den gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Hungerordnung zu verstärken!

## Kriegsbeschädigter ruft zum Kampf gegen neuen imperialistischen Krieg

Der „Dank des Vaterlandes“ an die Kriegsbeschädigten — In China donnern wieder Kanonen Werkstätte, kämpft gegen den Feind im eigenen Land — Wählt Delegierte zur Internationalen Betriebsdelegiertenkonferenz!

Langenölz, Bezirk Liegnitz. Der Kriegsbeschädigte H. B. hat im Weltkrieg einen Durchbruch am rechten Oberschenkel erhalten und ist als ausgeheilt entlassen worden, trotzdem noch dauernde Schmerzen vorhanden waren. Daraufhin stellte derselbe sofort Anträge auf Weiterbehandlung, wurde aber, wie üblich, abgewiesen. Da sich die Schmerzen immer mehr verschlimmerten, stellte H. B. erneut einen Antrag an das Versorgungsamt Liegnitz, welches ihm nun folgenden Bescheid zugewandt ließ:

„Auf Ihren gestellten Heilbehandlungsantrag vom 6. Juli 1932 wird Ihnen folgendes mitgeteilt: Einen Anspruch auf Heilbehandlung auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes wegen ausgeheilten Durchbruchnarben am rechten Oberschenkel haben Sie nicht, weil Sie wegen Gesundheitsstörung keine Rente als Rechtsanspruch beziehen. Auch eine beschränkte Heilbehandlung als Kammlistung kann Ihnen nicht gewährt werden, weil eine solche zur Verhütung einer Verschlimmerung des erwähnten Dienstbeschädigungsleidens nicht für notwendig erachtet wird.“

Am 5. Dezember 1932 stellte H. B. erneut einen Antrag, in dem durch ein ärztliches Attest nachgewiesen wurde, daß sich das Leiden verschlimmert hat und eine Heilbehandlung notwendig ist. Dieses Attest wurde durch einen hiesigen Arzt ausgestellt und nach Liegnitz an das Versorgungsamt eingeleitet. Am 19. Dezember 1932 wurde dem H. B. erneut mitgeteilt:

„Auf Antrag vom 5. Dezember 1932. Die erbetene Heilbehandlung muß aus dem Bescheide vom 2. September 1932 angeführten Gründen weiterhin abgelehnt werden.“

Hier zeigt sich wieder einmal, daß es mit dem „Dank des Vaterlandes“ nicht weit her ist. Statt einer Verschlimmerung vorzuweisen, wird der betreffende Kriegsbeschädigte ohne weiteres abgewiesen. Wenn es dagegen gilt, Millionen Arbeitergroßen den Fürsten und Prinzen in den Taschen zu werfen, so ist Geld genug vorhanden. Der Prolet kann ja zugrunde gehen oder verhungern oder an seiner Verwundung, die er beim Völkermorden erhalten hat, dahinsiechen.

Arbeiter, Werktätige, schon wieder wird von den Imperialisten ein Weltkrieg vorbereitet. Man will ein neues Morgen unter den proletarischen Massen im Interesse des Molochs Kapital erschaffen. In China und Japan donnern erneut die Kanonen. Das alles führt zu neuem Elend für alle Werktätigen, damit sich die kapitalistischen Profitgötzen wieder neue Profite sichern können. Arbeiter,

Werktätige, folgt dem Kampf der kommunistischen Partei: Kampf dem Imperialismus! Der Feind steht im eigenen Land! Nur wenn wir diesen Feind niederschlagen im täglichen zähen Kampf um unsere Existenz, um eine Arbeiter- und Bauernrepublik, ist jede Kriegsgefahr beseitigt. Darum erhebt überall das Banner des proletarischen Internationalismus. Wählt in allen Betrieben zu dem am 29. Januar statt findenden Konferenz der deutschen und polnischen Arbeiter Delegierten!

## Mit Hilfe der SPD. um die Weihnachtsbeihilfe betrogen

Zerbau bei Glogau. In Zerbau versuchten die Erwerbslosen sich eine Winterbeihilfe zu erlangen. Da eine Erwerbslosenvereinsammlung nicht erlaubt wurde, so wurden Unterschriften für eine Sonderbeihilfe in Höhe von 15 Mark für Verheiratete, 10 Mark für Ledige und für jedes Kind 3 Mark gesammelt. Es haben sich fast alle Erwerbslosen eingetragen, sogar ein Gemeindevertreter der SPD. Nur Wenske als Vorsitzender der SPD. hat es abgelehnt, obwohl er ebenfalls erwerbslos ist. Er erklärte dazu, daß ihre Gemeindevertreter einen Antrag eingereicht haben und derselbe in der Gemeindevertreterversammlung behandelt wurde. In der Tat, die Erwerbslosen glaubten, es wird etwas bewilligt. Dadurch wurden die Erwerbslosen vom außerparlamentarischen Kampf abgehalten. Die SPD. aber hat weder Anträge eingereicht, noch die Einberufung der Gemeindevertreterversammlung gefordert. Eine Sitzung fand nicht statt. Hierauf begaben sich einige Erwerbslose zum Landratsamt Glogau, dort wurde ihnen erklärt, daß eine „Weihnachtsbeihilfe“ gleichviel mit „ja“ oder „nein“ sei. Bezeichnend ist hier noch, daß die SPD. im Kreisamt sich nicht einmal einen Antrag auf Winterbeihilfe für den Landkreis stellte. Die Erwerbslosen von Zerbau müssen aus diesem Verhalten der SPD. lernen. Sie sind auf das Manöver der SPD. hereingefallen. Die Erwerbslosen von Zerkau, sowie Koschwitz haben gezeigt, wie der Kampf geführt werden muß. In Koschwitz waren die Erwerbslosen während der Gemeindevertreterversammlung anwesend. Dort erhielten die Erwerbslosen 8 Mark und in Zerkau 10 Mark. Aufgabe der Erwerbslosen von Zerbau, die noch keine Kämpfe hinter sich haben und auf die Leimrulen der SPD. getrocknet sind, ist es jetzt, die sofortige Einberufung einer Gemeindeversammlung, welche ihre Anträge auf die Tagesordnung stellen muß. Erwerbslose von Zerbau und Umgebung, kämpft mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen Hunger und Frost, für die sofortige Erfüllung eurer Forderungen!

### Herr Bürgermeister, wie lange noch?

Freiburg. Soll der Polizeiwachmeister Müller mit seinem Verhalten die Freiburger revolutionären Arbeiter provozieren? Glauben Sie, daß die Arbeiter fortwährend ruhig zusehen werden? Folgendes Gebaren legte dieser Schutzmann wieder an den Tag. Am Silvester, um 12 Uhr, hatte sich wieder wie üblich ein ganzer Haufen der Bevölkerung auf dem Ring versammelt. Die berühmten Wagenschinder, Kufst und Kirchstein traten aus alkoholischen Reden Nazi-Lösungen. Bei den Arbeitern löste dies natürlich Empörung aus. Der Polizeibeamte Müller ging nicht gegen diese Störer vor, sondern traktierte Arbeiter mit dem Gummiträgelpol, der überhaupt bei den Vorfällen nicht dabei waren, von denen er aber weiß, daß sie links eingestellt sind. Es ist nicht das erste Mal, daß Müller diese Haltung an den Tag legt. Wir fordern deshalb: Kampf mit diesem Beamten von der Straße!

### Wie es der Frau im „Dritten Reich“ ergehen wird

demonstrierte vor aller Öffentlichkeit Nazi Kirchstein, der seine Frau, welche wohl seine Kaufkraft nicht billigte, demotiviert, doch sie in den Rinnstein fiel.

Frauen, heran zur SPD. und er kämpft mit ihr. Befreiung! Besucht die Frauenabende der SPD!





Kriegsrufe über Oberschlesien und gegen die Sowjetunion

Prälat Ulicka mobilisiert zum Krieg im Osten und der „zweckmäßigen Verringerung“ der Ostgrenzen — Deutsche und polnische Arbeiter! Heraus zum Kampf im Zeichen des proletarischen Internationalismus gegen imperialistischen Krieg! — Für Verteidigung und Schutz der Sowjetunion!

Die imperialistischen Gegensätze zwischen der deutschen und polnischen Bourgeoisie prallen immer mehr aufeinander. Oberschlesien, die Korridorfrage und Danzig werden für die deutsche und polnische Bourgeoisie zum brennenden Problem der Auseinandersetzungen.

Der aus der Aufstandzeit und den Abstimmungsstämpfen 1921 und 1922 in Oberschlesien bekannte Vertreter des deutschen Imperialismus, Prälat Ulicka, M.R. und Führer des ober-schlesischen Zentrums, nimmt unter dem 30. Dezember 1932 zu den imperialistischen Konfliktfragen im Osten Stellung, der ein einziger Kriegsruf an die ober-schlesische Bevölkerung ist, sich zum kommenden imperialistischen Krieg im Osten bereit zu halten.

In dem Artikel, überschrieben „Deutsches Volk, vergiß deine Ostgrenzen nicht!“, heißt es in den entscheidenden Stellen von Ulicka:

Wohin treibt die Entwicklung im nahen und fernen Osten?

Wie eine Sphinx schaut sie uns an. Was wird aus Rußland und was wird es am Ende seiner gigantischen Entwicklung über Europa bringen? Was tut sich im fernen Osten und was bereitet sich da für Europa und die Kultur des Abendlandes vor?

Hier zeigt Ulicka klar und deutlich den Kurs des deutschen Imperialismus auf. Die Frage: „Was wird aus Rußland und was wird das Ende seiner gigantischen Entwicklung über Europa bringen?“ Die „gigantische Entwicklung“ bereitet nicht nur Ulicka, sondern den Imperialisten der ganzen Welt Sorge.

Und dann heißt es: „Man finde sich zu gemeinsamen Ueberlegungen und Vorkehrungen zusammen, ehe es zu spät ist.“ Das ist der Schlachtruf des Prälaten Ulicka an die Imperialisten der Welt, nicht zu zögern, die Sowjetunion mit Krieg und Vernichtung zu überziehen.

Die Sowjetunion ist die einzige Macht der Welt, die den Frieden verteidigt und für ihn mit allen Mitteln kämpft. Die Sowjetunion ist die einzige Macht der Welt, die um die Abrüstung und gegen den imperialistischen Krieg kämpft.

Und wie Ulicka und die deutschen Imperialisten den Krieg wollen und welche Bedingungen vorhanden sind, zeigt wiederum mit aller Deutlichkeit nachfolgende Äußerung Ulickas:

„Den Blick auf den Osten gerichtet, hat das deutsche Volk als nächste Pflicht, seine Ostgrenzen zu schützen und, da sie in ihrer jetzigen Gestalt der dem deutschen Volke gestellten Aufgabe nicht entsprechen, auf ihre zweckgemäße Verringerung Bedacht zu sein.“

Das andere in diesem Artikel schenken wir Ulicka. Hier stehen die von ihm angezeichneten Kernfragen, und die ober-schlesische Bevölkerung hat durch den Aufruf von Mai/Juni 1921/22 geradezu ein klassisches Schulbeispiel dafür geliefert bekommen, wie die vom Prälaten Ulicka gestellten „zweckmäßigen Verringerungen“ der Ostgrenzen gelöst werden. Maschinengewehr und Kanonen sind immer noch die letzten Mittel des Imperialismus, auch des deutschen und polnischen, die brennende Fragen zur Entscheidung bringen.

Und daß dem so ist, das spricht Ulicka ebenfalls deutlich im nachfolgenden Satz aus, in dem es heißt:

„Zur Zeit steht im Vordergrund die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstung und Sicherheit. Sie ist in ein Stadium getreten, in dem einer halbtägigen Karen Lösung nicht mehr ausgewichen werden kann. Das neue Jahr wird in dieser Beziehung von entscheidender Bedeutung sein.“

Abrüstung gibt es beim Imperialismus nicht. Die Welt harret vor Waffen. Die Frage der Abrüstung und Sicherheit ist für den deutschen Imperialismus nur eine Frage des Hüftens und der Gleichberechtigung im Rat der imperialistischen Räuber und Kriegshetze.

Für die revolutionäre Arbeiterklasse liegen die Dinge klar. Die deutschen Imperialisten drängen zur gewaltsamen Entscheidung. Die deutsche und polnische Bourgeoisie heßt diesseits und jenseits der Grenze.

Und wie das geschieht, dafür wieder eine klassische Notiz aus dem Scharfmacherorgan, der „Ostdeutschen Morgenpost“ vom 5. Januar. Da heißt es:

Kriegsgeschrei im polnischen Heer

Tischriegel, 4. Januar. Am Dienstag überschritt in der Nähe der Stadt ein polnischer Soldat in voller Uniform die Grenze. Bei der Polizei gab er an, daß er nicht im polnischen Heer dienen wolle, zumal in den Garnisonen an der polnischen Westgrenze sehr viel von einem bevorstehenden Kriege gegen Deutschland gesprochen werde.

So heßt und mobilisiert man zum Krieg. So will man die Bevölkerung ideologisch, durch eine färbige Kriegspaganda, müde und gefügig machen für den Krieg.

Arbeiter, Werktätige Oberschlesiens! Diese Alarmrufe sind ein Signal für euch. Maschinengewehr, Kanonen, Bomben, Flugzeuge

rote kulturwoche

im heim Breslau-süd, Gabitzstraße 13, hinterhaus, geöffnet täglich von 10-13 Uhr und von 15-20 Uhr. Eintrittspreis 5 Pfennig. heute donnerstag: 16 Uhr: kindernachmittag, die märchentante liest proletarische märchen; schallplattenmusik. 20 Uhr: öffentlicher diskussionsabend mit dem thema: „die ergebnisse des berliner verkehrsarbeiterstreiks.“ ifa-kartell, Breslau.

und Gas sollen wieder ihre Sprache reden und die Probleme des Imperialismus zur Entscheidung bringen. Die Schlachtopfer sollt ihr wieder sein. Darum heraus, polnische und deutsche Arbeiter, im Zeichen des proletarischen Internationalismus gegen den imperialistischen Krieg und für den Schutz und die Verteidigung der Sowjetunion, dem Vaterland aller Werktätigen!

Sonderbare Bedürftigkeitsprüfung eines Gemeindevorstehers

Frauenwalbau, Kr. Trebnitz. Eine besondere Methode der Bedürftigkeitsprüfung bei den Erwerbslosen wird von dem hiesigen Gemeindevorsteher angewandt. Es kommt deshalb des öfteren vor, daß sich hier eine ungeheure Mühseligkeit bemerkbar macht. Dieser Gemeindevorsteher Herr Dzialla glaubt, daß Erwerbslose nicht so bedürftig sind, welche dem Arbeiterstande angehören oder kleine Stehvermögen ihr eigen nennen. Demgegenüber sind Fälle vorgekommen, wo Unterstützung gezahlt wurden, wo Bedürftigkeit nicht in dem Maße vorhanden ist. Diesen Mobs hat er auch bei der Verteilung der Weihnachtsgeldhilfe angewandt.

Erwerbslos von Frauenwalbau! Tretet sofort zu einer Erwerbsloserversammlung zusammen, wählt euch in dieser aus den Besten aus euren Reihen einen Erwerbslosenauswähl. Stellt euch in geschlossener Front hinter diesen gewählten Auswähl und kämpft mit den Erwerbslosen im Reich gegen Hunger und Frost, für die Defnung der Getreidespeicher, Warenlager und Kohlenhäfen.

Auch die Kleinbauern müssen sich in die gemeinsame Kampffront einreihen, um gemeinsam mit der gesamten Arbeiterschaft gegen alle Auswüchse dieses kapitalistischen Systems zu kämpfen.

Nur der gemeinsame Kampf der Arbeiter und Bauern führt zur Beseitigung dieses Systems des Lohn- und Unterstützungsabbauens, des Steuerdrucks und zur Errichtung einer Arbeiter- und Bauernrepublik!

Roter Arbeitersport

Serienspiele am 8. Januar

Schwarz Weiß 1 — Grün Weiß 1, Brädenaue, 10,00 Uhr (Schiri 20). Favorit 1 — Fichte 1, Döwitz, Hoffmanns Garten, 14 Uhr (Schiri 16).

Max Schönfelders

billiges Lebensmittel-Angebot!

- Prima weißer, gemahlener Zucker, das Pfund nur M. 0.34
Enormer Preisabschlag in Tafel-Butter!
Ich verkaufe meine führende Marke:
Molkerei-Tafel-Butter heute per 1/2 Pfund n u r M. 1.09
Margarine in 1-Pfund-Würfeln je Pfund M. 0.28, 3 Pfund = M. 0.77
jetzt das Pfund zu M. 0.40, 0.50, 0.63

Käse-Sorten

- Ziegelmilch, saftig Größe von circa 200-250 g . per Pfund M. 0.22
Molkerei-Frühstücks-Käse Größe v circa 110 g p. St. M. 0.09, 3 St. M. 0.25
Tafel Käse ohne Rinde . . . per Pfund M. 0.58
Echter holländischer (Gouda) Käse, 30% Fettgehalt, sehr reinigend . . . Pfund M. 0.68
Edamer Vollfett-Käse, zart u. milb . . Pfund M. 0.78
Tafel Vollfett-Käse, Edelmarke . . . Pfund M. 0.78
1 a Schweizer-Käse, meine Sonder-Spezialität 1/2 Pf. M. 0.27, 1/2 Pf. M. 0.53, 1 Pf. M. 1.05

Wurstwaren

- Leberwurst mit Fettstücken . . . p. Pfund M. 0.52
Guts-Prezwurst, Spezialität . . . p. Pfund M. 0.52
Best. Bawermettwurst in Ringen p. Pfund M. 0.63
Plockwurst 1 a . . . p. Pfund M. 1.28
Cervelatwurst in Fettdarm . . . p. Pfund M. 1.38

Werbe-Angebot für getödteten Schlingen

saftig, zart 1/2 Pfund M. 0.55, 1/4 Pf. M. 0.28

Brotobst-Artikel!

- Melange-Brotobst, das Pf. M. 0.29, 0.40, 0.48, 0.60
Pflanzen, zuckerfrei . das Pf. M. 0.22, 0.35, 0.42
Kringel, blütenweiß . . . das Pf. M. 0.54
1 a Pfeffer . . . das Pf. M. 0.58
1 a Apfelsinen . . . das Pf. M. 0.40, 0.88
Kalifornische Birnen . . . das Pf. M. 0.62

Abteilung Sigaretten!

Ich konnte einen riesen-Heftpösten, circa 400 Mille Handarbeit-Sigaretten erwerben

Dieselben sind aus reinen überseeischen Tabaken hergestellt, von milder, duftend blumiger Qualität und schneeweißem Brand. Diesen riesenposten bringe ich zu enorm billigen Preise zum Verkauf das Stück M. 0.03, 100 Stück M. 2.50

Ich rate, sich schnellstens damit zu versorgen, denn diese Sigaretten können zufolge Fabrikations-Verlust nicht mehr annähernd für den Preis hergestellt werden

Max Schönfelder Breslau 1, Albrechtstraße 56

- Dhlan 1 — Soll 1, Dhlan, 14,00 Uhr (Schiri 28).
Dhlan 2 — Soll 2, Dhlan, 12,80 Uhr (Schiri 20).
Fortuna 1 — Süd 1, Rot-Weiß-Platz, 10,30 Uhr (Schiri 4).
Fortuna 2 — Süd 2, Rot-Weiß-Platz, 9,00 Uhr (Schiri 10).
Rot Weiß 1 — Dynamo 1, Brädenaue, 10,00 Uhr (Schiri 2).
Rot Weiß 2 — Dynamo 2, Brädenaue, 8,80 Uhr (Schiri 40).
West 1 — Schwarz Weiß 1, Minervaplatz, 14,00 Uhr (Schiri 3).
West 2 — Schwarz Weiß 2, Minervaplatz, 12,80 Uhr (Schiri 36).
Df 1 — Bernstadt 1, Dfplatz, 14,00 Uhr (Schiri 19).
Fortuna 3 — West 3, Rot-Weiß-Platz, 7,80 Uhr (Schiri 42).
Dhlan 3 — Dynamo 3, Dhlan, 11,00 Uhr (Schiri 1).

Gesellschaftsspiele

- Schwarz Weiß 2 — Grün Weiß 2, Brädenaue, 9,00 Uhr (Schiri 8).
Df 3 — Spielvereinigung 2, Dfplatz, 12,80 Uhr (Schiri 35).
Favorit 2 — Fichte West 2, Döwitz, Hoffmann, 12,15 Uhr (Schiri 17).
Bezirkschiri-Ausschub.

Proleton-Wochenprogramm

„Die verkaufte Braut“, ein Konflikt nach der komischen Oper von Smetana, und Franz Lehars Tonfilmoperette „Es war einmal ein Walzer“.

Viele werden bereits die Oper „Die verkaufte Braut“ von der Sprechbühne her kennen; viele jedoch, die das Geld für eine Opernaufführung heute nicht mehr besitzen, werden den neuen Tonfilm „Die verkaufte Braut“ gern sehen und hören. Jarmila Novotna und Willy Domgraf-Fabbaender von der Berliner Staatsoper singen und spielen die Hauptrollen. Otto Wernicke, Karl Valentin, Hans Karlstadt, Münchens beste Komiker und eine auserlesene Künstlergarde haben weitere Rollen besetzt. Leider ist es Tatsache, daß sich eine solche erstrangige Besetzung heut keine Bühne leisten kann. Der Tonfilm mit seinen Millionenbesuchern kann diese Ausnahme durchbrechen. Aber nicht nur die tonliche Besetzung ist bei diesem Konflikt beachtenswert, auch das Auge wird von Bildzügen gefangen, die eine Sprechbühne durch die Enge des Raumes nicht bieten kann. Prächtig wirken bei der Ouvertüre die malerischen Bilder, Romantik der Postkartens, Ertarbeit, Bauerngeplänze und die handelnden Menschen. Mit diesem ersten Operntonfilm ist eine neue Form des Tonfilms geschaffen worden, und es werden wieder neue Freunde für das Kino durch dieses Werk gewonnen.

Die zweite Senation des Programms ist die bezaubernde Wiener-Malzer-Operette von Franz Lehár: „Es war einmal ein Walzer“. Wien, der Heurige mit einer Fülle von reizenden Episoden, vermischt mit einheimischen Melodien, entführt den Besucher in ein Märchenland sonniger Fröhlichkeit. Das Kino ist oft die moderne Märchenstube. Wer einige Stunden bei froher Unterhaltung verleben will, dem kann das Programm nur empfohlen werden. Sonntagnachmittag ist wiederum um 14.30 Uhr die beliebte Familienvorstellung. Als Programm wird „Die verkaufte Braut“ zu Preisen von 20 bis 30 Pf. für Kinder und Erwachsene gezeigt.

PROLETON Tonfilmbühne

Gabitzstraße 20 Höfchenstraße 49

Ab Freitag, den 6. Januar, bis Donnerstag Jarmila Novotna Willy Domgraf-Fabbaender, von der Staatsoper Berlin, im ersten deutschen Opernfilm

Die verkaufte Braut

nach der komischen Oper von Smetana Ein neues Meisterwerk der modernen Tonfilmkunst

Franz Lehars Tonfilm-Operette Es war einmal ein Walzer

Eine lustige, bezaubernde Liebesgeschichte im Wiener Milieu, mit einer Fülle von reizenden Episoden und einschmeichelnder Melodien

Neueste Tonwochenschau

Täglich 4.30 Uhr — 7.10 Uhr — 8.45 Uhr Preise ab 30 Pfennig

Sonntag - Nachmittags 1/2 3 Uhr: Große Kinder- und Familien-Vorstellung: Die verkaufte Braut Preise ab 20 — 30 Pfennig Arbeiter-Sport-Kartell

Henry Heijel

Görlitz, Bogitzstraße 22 Lebensmittel

Feder-Geschäft A. Schlecht

Görlitz, Brüderstr. 3

Fritz Hanisch

Görlitz, Weberstr. 14 Kolonialwaren und Lebensmittel

Apfelwein . . . Mk. 0.60 per Fl.

Brombeerwein . . . 0.75 „ „ Erdbeerwein . . . 0.75 „ „ Heidelbergwein . . . 0.75 „ „ Johannisbeerwein . . . 0.75 „ „ Stachelbeerwein . . . 0.75 „ „ Kirschwein . . . 0.75 „ „

Heinrich Nitschke

Inhaber Gustav Seldel Fruchtwien-Kellerei Gegr. 1809 Telephon 501 88 Reuschestraße 54

Capitol Strehlen

Von Freitag bis Montag Werktags 6.45-9, Sonntags 3 Uhr, letzte Vorstellung 9 Uhr

Die Tänzerin von Sanssouci

mit Ell Dagerer — Otto Gebähr Hans Draufwetter

N.-Schl. Nußkohl I 1.35 Mk. N.-Schl. Nußkohl II 1.25 Mk. je 1 Zentner ab Lager

M. Mittmann

Liegnitz, Königsstraße Nr. 5

Inserenten!

bei allen Einkäufen immer nur unsere